Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig Zeitzer Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 23. Januar 1932

36. Jahrgang — Nummer 4

Organisation und Wissen

Die gewerkschaftliche Organisation ist unzerbrechlich, wenn Wissen und Verstehen ihre Grundlage ist. Seit längerer Zeit durchschreiten die Gewerkschaften einen Entwicklungsweg, der die Wahrheit des Satzes, daß Wissen verbindet und zusammenhält, mehr beweist, als je eine Zeit früher. Es hat sich gezeigt, daß das Wissen und Verstehen noch nicht so unbedingt zuverlässig ist, wie es sein müßte. Die Gewerkschaften haben in dieser fürchterlichen Zeit der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit Mitgliederverluste erlitten. Das darf nicht zur Mutlosigkeit führen. Im ganzen können die Gewerkschaften die Kritik der Gegner wohl durchaus vertragen! Es ist zweifellos zu bedenken, daß für den Arbeitslosen jede Ausgabe schwer ins Gewicht fällt, auch die Ausgabe für die Gewerkschaft. Es ist weiter zu bedenken, daß gerade diese Zeit der Not

von den Gewerkschaftsgegnern auf das emsigste ausgenutzt wird, um Verwirrung unter den organisierten Arbeitern anzurichten.

Auf jede mögliche Art und Weise sucht man Zweifel in den Zweck und die Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung zu wecken. Ganz so plump, wie in früheren Zeiten, geht man dabei nicht mehr zu Werke. Aber der wissende Gewerkschafter durchschaut trotzdem leicht alle Machenschaften dieser Art.

Kann man keinen Zweifel an der Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung erzeugen, dann wird nicht selten Furcht im Arbeiter zu wecken versucht. Der Arbeiter, der noch auf seinem alten Arbeitsplatz innerhalb der Wirtschaft steht, hat begreiflicherweise keine größere Sorge als die, sich diesen Platz zu erhalten. Er wird in gewohnter Weise redlich und gut seine Berufspflichten erfüllen. Das versteht sich von selbst. Es müßte sich demnach auch von selbst verstehen, daß der Arbeitsplatz gesichert ist, wenn der Betrieb noch weiterläuft. Im ganzen wird das auch so sein. Aber es gibt gewerkschaftlich noch ungenügend Geschulte, die wissen es nicht, daß die Zeit der Willkür bereits von der gewerkschaftlichen Macht überwunden ist. Die sich unsicher fühlenden Gewerkschafter sind leicht besorgter um ihre Arbeitsstelle als notwendig ist. Auch in so schweren Notzeiten, wie die Arbeiter sie jetzt durchmachen, können sie sich auf die schützende Hand ihrer Gewerkschaft verlassen.

Das ist ja die wichtigste aller Gewerkschaftsaufgaben, zu verhindern, daß die schwer erkämpften Menschenrechte, die dem kapitalistischen System ehemals nichts bedeuteten, nie wieder ein Spielball der Willkür werden.

Und der gewerkschaftlich Organisierte muß heute so viel Selbstbewußtsein und so viel Gewerkschaftsstolz besitzen, daß er der in langen, harten Kämpfen errungenen Gewerkschaftsmacht vertraut, gerade heute vertraut, nun es mehr als je zuvor darauf ankommt, zusammen zu halten und die Gewerkschaftsmitgliedschaft allem anderen voranzustellen. Gegenwärtig muß sich im Gewerkschaftsleben der Satz als wahr erweisen, der im ersten Gewerkschaftswerden so oft mahnend gesprochen wurde: „Einer für alle — alle für einen". Dieser Satz hat noch ganz seinen alten wertvollen Inhalt. Wer auch nur einigermaßen verstehend das Gewerkschaftsleben der Vergangenheit mitgelebt hat, weiß, daß „Treue kein leerer Wahn" für den gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist.

Die Arbeiter waren es, die den Organisationsgedanken zuerst Tat werden ließen. Wohl gab es schon viel früher Verbindungen unter Gleichdenkenden und Gleichinteressierten. Aber die Gewerkschaften legten in die Organisation den Kampfwillen hinein! Und sie füllten die Organisation mit einem großen, reichen Inhalt aus. Sie verlor mit dem Auf-den-Plan-treten der Arbeitermassen alles Unklare und Halbe. Mit vollem Recht bildete sich das Wort heraus: „Organisieren ist alles". Organisation ist heute innerhalb des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Geschehens tatsächlich alles. Wenn der selbstbewußte Gewerkschafter diesen Satz hervorhebt, ist darin nichts Ueberhebliches und Anmaßendes. Es ist einfach ein Feststellen des Tatsächlichen, ein zuverlässiges Zurückschauen auf den Weg der Entwicklung. Wer aber weiß und es zurückschauend prüfend von neuem wieder feststellt, daß „Organisation alles ist", weiß auch, was seine Pflicht als Berufsglied eines Standes ist. Er wird sich eingliedern in die gewerkschaftliche Organisation, wird auch in harter Zeit ihre Gesetzmäßigkeiten treu erfüllen, möge es auch schwer werden: „Einer für alle".

Ein bekanntes Wort von Karl Marx sagt: „Die Masse fällt nur dann in die Waagschale, wenn eine Organisation sie zusammenhält". Also schon die theoretischen Grundlagen, die für die Arbeiterbewegung, die für das Sich-auf-sich-selbst-besinnen der Massen geschaffen wurden, betonen, daß „Organisation alles ist". Der Wert und die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation ist inzwischen nicht kleiner geworden.

Heute ist auch das Kapital, ist das gesamte Gewerbe organisiert. Wie kann da ein wirtschaftlich von diesen Mächten abhängiger auch nur noch einen Tag unorganisiert bleiben!

Wie kann jemand in heutiger Notzeit auch nur einen Augenblick daran denken, der Organisation den Rücken zu kehren! Wenn Notzeiten kommen, vergrößern sich die Gefahren, die das von den Gewerkschaften in jahrzehntelanger mühevoller Arbeit Errungene bedrohen. **Enger, zuverlässiger noch als sonst müssen deshalb die Arbeiter gegenwärtig zusammenhalten.** Daß Gebilde, die, wie die gelben Vereine, von Unternehmer Gnaden leben, nicht den Namen Gewerkschaft verdienen, versteht sich von selbst. Die Gewerkschaft will Kampfgemeinschaft sein, denn zwischen der kapitalistischen Weltanschauung und der sozialen und demokratischen Weltanschauung gibt es keine Verständigung. Diese Kraftpole stoßen sich ab.

Nach Karl Marx muß Organisation die Massen zusammenhalten und Wissen muß sie leiten. Es gehört viel dazu, den Organisationsgedanken bis in die letzten Reihen der Arbeiter hineinzutragen. Unablässig muß heute noch genau ebenso ernst daran gearbeitet werden, wie damals, als die ersten vom Kapital Unterdrückten und Entrechteten sich zusammentaten, um für die Tatwerdung des natürlichen Sittengesetzes zu kämpfen. Wer aber dem Organisationsgedanken dienen will, muß für die Ausbreitung des Wissens arbeiten. **Wo über das wahre Wesen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Dinge aufgeklärt wird, wo solches Wissen und Verstehen aufkeimt, wie es stets von den gesellschaftlich und wirtschaftlich Bevorzugten bekämpft worden ist, da wird sich der Organisationsgedanke spielend leicht das Feld erobern.** Das große Hindernis, das dem allgemeinen Fortschritt, das der Gerechtigkeit, der Wahrhaftigkeit, das der Tatwerdung des Notwendigen und und Vernünftigen, des Guten und des Schönen im Wege steht, ist das Nichtwissen, das der Kapitalismus geschickt auszunützen weiß.

Unternehmer-Rückblick auf das Jahr 1931

Wie es üblich und selbstverständlich ist äußern sich auch jetzt am Jahresschluß wieder einzelne Unternehmer oder deren Verbandsvertreter, rückblickend und vorausschauend über die berufliche und geschäftliche Lage in der Natursteinindustrie. Im 1. Heft des Jahres 1932 „Die Steinindustrie", vom 7. Januar, das zugleich eine Doppelnummer darstellt, ist es zunächst Herr Dr. Noell, das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie, ferner Herr Georg Zachmann, Wurzen, und Herr Knackrick vom Verband deutscher Werksteinbetriebe, die darüber Veröffentlichungen bringen.

Während der erst- und der letztgenannte Unternehmervertreter bei den kritischen Betrachtungen und Schilderungen sich auf das verflossene Jahr 1931 beschränken, stellt Herr Zachmann „Zukunftsbetrachtungen über die Pflasterstein- und Schotterindustrie" an unter der allerdings etwas merkwürdigen Ueberschrift: „Quo vadis?" Wenn wir nun richtig im Bilde sind, heißt wohl dafür die Uebersetzung: „Herr, wohin gehest du?" Sonderbar klingt das, darüber gibts gewiß keinen Streit. Auch dann klingt es sonderbar, wenn Herr Zachmann die überaus traurigen Wirtschaftsverhältnisse in ihrer Auswirkung auf die Steinindustrie, nun in diese persönlich, schmerzliche Frage formt, wie sie vor bald 2000 Jahren der Apostel Petrus an Jesus vor seinem Todesgang gerichtet haben soll. Hat man aber die „Zukunftsbetrachtungen" gelesen, dann scheint die Ueberschrift in bezug auf ihren Verfasser auch angebracht zu sein. Denn Herr Zachmann wandelt in seinem Aufsatz, besonders zum Schluß, kleine irreführende Kreuzwege, obgleich er einen geraden gemeinsamen Weg für Unternehmer und Arbeiter empfiehlt. Diese Art Wegeweisung ist nicht neu, und es ist nicht das erstemal, daß man sie den Steinarbeitern und ihrer Gewerkschaft zeigt. Das Zeigen gehört noch mit zur grauen Theorie über den gemeinsamen Weg, denn bei dem praktischen Versuch hat sich bisher immer wieder auffallend bemerkbar gemacht, daß die Unternehmer auf dem empfohlenen gemeinsamen Wege dennoch einen Sonderpfad für sich gehen wollen, von dem aus sie die Arbeiter in Richtung und Schritt beeinflussen möchten. Das weiß übrigens Herr Zachmann mindestens ebensogut wie wir, zumal er oft genug in gemeinsamen Beratungen mitgewirkt hat. Deshalb können wir mit einem gewissen Recht die Ueberschrift auf Herrn Zachmann selbst anwenden und ihn mit seinen eigenen Worten fragen: „Herr, wohin gehest du?" —

Wir sehen davon ab, in dem Zusammenhange mit den erwähnten Jahresbetrachtungen noch einmal die wirtschaftlichen Vorkommnisse des Vorjahres in Ursache und Wirkung zu erläutern, weil das unseren Lesern bekannt ist. Denen wird es auch als ganz natürlich erscheinen, daß die Unternehmer und ihre Verbandsvertreter die wirtschaftliche Sachlage in Ursache und Wirkung abwegig von der Anschauung der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder sehen und kritisieren.

Der Natursteinindustrie geht es hundsmiserabel, darüber besteht unter uns allen keine Meinungsverschiedenheit. Es geht ihr natürlich viel schlechter wie jenen Industrien, die für den direkten menschlichen Bedarf produzieren und die dennoch von der Krise wesentlich beeinflußt werden. Wenn aber Herr Dr. Noell in seinem Rückblick schreibt: „Immer sucht sich die Regierung die Steinindustrie als Opfer aus", so ist das in dieser bestimmt umrissenen Form und unbekümmert um den Zusammenhang, in welchem die Behauptung angewendet wird, sicherlich sehr übertrieben, ja direkt falsch. Diese Art Kritik an den unterlassenen Maßnahmen der Regierung, um der Natursteinindustrie Arbeit zu verschaffen, muß zu merkwürdigen Schlüssen führen; denn der Niedergang oder richtiger gesagt das Brachliegen der Natursteinindustrie, einschließlich Pflaster, Schotter und Straßenbau, ist von der Regierung nicht gewollt, daß wäre ja auch eine tolle Sache, wenn dem so wäre. Und weil es nicht so ist, kann man nicht von „Opfer", das heißt von einem absichtlich Niedergehaltenen oder gar Umgebrachten zum besten eines anderen reden. Wir sagen das, obwohl wir keine Regierungsanhänger sind und obwohl auch nach unserer Kenntnis der Dinge sich durch Regierungsmaßnahmen in der Arbeitsbeschaffung für Steinindustrie und Straßenbau manches, nein vieles, sich besser gestalten ließe. Vielleicht dürfen wir in diesem Zusammenhang an ein bekanntes russisches Sprichwort aus der Vorkriegszeit erinnern: „Rußland ist groß und der Zar wohnt weit."

Auch die von Dr. Noell wiederum aufgewärmte Kritik über die „Konkurrenz der öffentlichen Hand", die der Steinindustrie angeblich so unerträglich fühlbar wird, ist abwegig. Diese Kritik klammert sich wirklich an Kleinigkeiten, wenn man die Bedeutung dieser Betriebe mit der gesamten privaten Pflasterstein- und Schotterindustrie in Vergleich stellt. Und wenn der Kritiker sich dabei gar auf die Steuerzahler beruft, von deren Geldern diese Betriebe errichtet wurden, so ist das erst recht abwegig. Zunächst haben die privaten Unternehmer durchaus noch kein Privileg zur alleinigen Betriebsaufmachung und dann zahlen ja auch andere Leute, neben den Unternehmern, Steuern, auch die Arbeiter zahlen viele Steuern. Wir glauben sogar im Verhältnis und ganz allgemein gesehen, noch mehr wie die Unternehmer und — pünktlicher. Falls darin mal eine Statistik aufgemacht würde, wäre gewiß mancherlei zu erfahren.

Nach der Unternehmerauffassung ist in der heutigen privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung kein Raum für gemeinnützige Betriebe und die Unternehmer aller Berufe gebrauchen den Hinweis auf die „Konkurrenz der öffentlichen Hand" genau so wahllos und schlagwortartig wie die Nazis den „Marxismus", oder die Kozis den „Sozialfaschismus". So hat eben jeder seinen Popanz, mit dem er andere erschrecken möchte, aber doch nicht kann.

Die raffinierten Sicherungen und Maßnahmen zum Beispiel, um den Betrieb der Provinz Hannover aus der öffentlichen Hand in die „segensreiche" private Hand eines einzelnen zu bekommen (siehe „Steinarbeiter" Nr. 3), nehmen ja durchaus keine Rücksicht auf die Steuerzahler, auf die sich Herr Dr. N. so biedermännisch beruft. Im Gegenteil, denen soll ganz gehörig das Fell über die Ohren gezogen werden. Hier handelt es sich außerdem um ein Mitglied des Verbandes, in dem Herr Dr. Noell geschäftsführend ist. Das paßt zweifellos ausgezeichnet zu seinem Kampfruf gegen die „Konkurrenz der öffentlichen Hand". Wir sehen durch diesen Fall illustriert, die privatkapitalistischen Unternehmerinteressen in der Steinindustrie ohne jede Hülle, also splitternackt. Das Ganze, hier wie dort, ist ein unehrlicher Kampf gegen und nicht für die Allgemeininteressen.

Daß in einer Zeit wie die jetzige, wo jeder Steinbruchs-Unternehmer wie der Teufel hinter einer armen Seele, hinter einer Tonne Schotter oder Pflasterstein als Lieferung her ist, nun die Gemeinde-, Staats- und Provinzsteinbrüche sozusagen als Selbstversorger unangenehm sind, braucht nicht abgeleugnet zu werden. Aber ein Teil der Steinbruchsunternehmer, das wurde an dieser Stelle schon xmal nachgewiesen, ist an diesen Verhältnissen nicht unschuldig, und dem Steinarbeiter? — nun, dem kann es schließlich gleichgültig sein, wer Betriebseigentümer ist und von wem er seinen Lohn erhält, geschenkt bekommt er ihn von keinem. Der Kampf gegen die „Konkurrenz der öffentlichen Hand" hat also seine besonderen Seiten, über die noch manches zu sagen wäre.

Dann gibt Herr Dr. Noell noch eine Art Erklärung in seinen Jahresbetrachtungen ab über warum und wieso der Reichsarbeitsvertrag und zum Teil auch die Bezirkstarife in der Pflasterstein- und Schotterindustrie mit den Steinarbeiter-Gewerkschaften nicht zustande gekommen sind. Im besonderen soll die Urlaubsfrage das Karnickel gewesen sein. Wir wollen gegen diese Darstellung nicht polemisieren, denn wer den Willen hat und von der Wirtschaftskrise darin bestärkt wird, sich von den tariflichen Bindungen mit den Arbeitern zu lösen, der findet schon Gründe, die sind sogar billig wie die Brombeeren im Sommer. Uns will dagegen scheinen, daß die von den Unternehmern aufgegebene zehnjährige Reichs- und Bezirkstarifgemeinschaft eine ganz andere Schlußfolgerung bei den Unternehmern hätte zulassen müssen, die, im ganzen gesehen, zweifellos der Pflaster- und Schotterindustrie ein viel besseres inneres und äußeres Ansehen und — Wirken gegeben hätte. Nicht zuletzt bei den Arbeitsauftraggebern und den verschiedenen anderen Stellen, die das Auf und Ab in einer Industriegruppe wohl beeinflussen können.

Mit dem Vorstehenden haben wir nur einiges aus dem Rückblick von Dr. Noell herausgegriffen, der sich auf 6 Spalten noch über manches andere kritisch und wünschend verbreitet. Soweit dieses sich auswirken kann zu größerer Auftragserteilung, um unsere arbeitslosen Kollegen unterzubringen, findet es, zum Teil zwangsläufig, unsere Unterstützung. Dasselbe trifft ebenfalls zu auf die kurze Darstellung über „Die Lage in den deutschen Werksteinbetrieben" von Herrn Knackrick, der in der Ursachen- und Wirkungsbeurteilung durchaus geradeaus sieht, also wegen der uns allen bekannten bedauerlichen Wirkung auf die Werksteinverwendung, dennoch objektiv bleibt.

Doch wenden wir uns wieder Herrn Zachmann zu mit seinem „Quo vadis?" Seine Artikel sind in den letzten Jahren seltener geworden, obwohl er darin mit Pfeffer und Salz immer gut umzugehen verstand und für deren richtige Verteilung, besonders gegen die Gewerkschaften, durchaus bestrebt war. Auch in seinen jetzt vorliegenden Zukunftsbetrachtungen fehlt es darin nicht. Nachdem er mit kurzen Strichen geschäftliche Vorgänge schildert, bedauert er, daß die 4. Notverordnung mit keinem Wort von Arbeitsbeschaffung spricht. Das haben vor ihm schon die Gewerkschaften scharf kritisiert, besonders der Vorsitzende des ADGB., Kollege Leipart. Herr Zachmann befindet sich also hier in guter Gesellschaft. Hoffentlich ist ihm das nicht unangenehm. Wir sollen ihm deshalb auch gern die Freude gönnen, die er empfindet, weil die Reichsregierung sich anschickt, immer mehr „die künstlichen Schranken zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzureißen". Wenn er dann aber weiter schreibt, daß „es trotz aller Gewerkschaftspolitik einen Mittelweg zwischen Bolschewismus und Privatwirtschaft nicht gibt", dann muß hier schon mit seiner eigenen Ueberschrift gefragt werden: „Herr, wohin gehest du? Die Behauptung liest sich ja so, als sei Herr Zachmann schon auf dem Marsche ins „Dritte Reich". Wir wollen daran erinnern, daß zwischen dem, was er gegenüberstellt, es noch allerhand ausschlaggebende Hemmungen gibt. Das ist vor allem jene, die er mit „trotz aller" abtun möchte und zum anderen ist es die wieder zu belebende Wirtschaft, welcher vernünftigen Absicht auch den besagten

„Zukunftsbetrachtungen" von Anfang bis Ende innewohnt. Warum nun Herr Zachmann seine eigene Tendenz sozusagen selber totschlägt, ist nicht recht verständlich. Die Hoffnung der Wirtschaftswiederbelebung darf und kann kein vernünftiger Mensch aufgeben, sonst verliert er den Boden unter den Füßen. Diese berechtigte Hoffnung beseelt unser ganzes politische und wirtschaftliche Leben trotz Bolschewismus, trotz Nationalsozialismus, trotz Notverordnungen, trotz der kapitalistischen Unordnung und Zusammenbrüche! So schauen wir die Frage an; so ähnlich hat sich schon einmal Herr Zachmann, allerdings im Vorjahre, geäußert. Jetzt scheint er jedoch unverbesserlich angekränkelt zu sein von den Dingen, die da kommen sollen nach den Wünschen der Insassen des Braunen Hauses in München und nach den Weissagungen alter Tanten aus dem Kaffeesatz. Auch der bekannte Großindustrielle Thyssen hat solche Wünsche kürzlich geäußert.

Manches von dem, was Herr Zachmann sonst noch kritisiert, so die Nichtverwertung der Kraftfahrzeugsteuer für den Straßenbau, ferner: statt Geldunterstützung an die Arbeitslosen — nur Arbeit, und: statt Abstrichen der Gemeinden von ihrem Straßenbauetat — diesen fördern usw. Alles dieses ließe sich gewiß ändern, wenn man — ja wenn? Damit sitzen wir wieder auf dem bekannten Pfropfen der blutarmen Wirtschaft, der jeder von seinem engen Berufskreis aus Ratschläge gibt und geben möchte, ohne die anderen Erwerbszustände genügend zu beachten. Also immer die gleiche Erscheinung!

Als einen „ganz wichtigen Punkt" nennt Herr Zachmann das sich anbahnende Handinhandarbeiten der Reichsbahn mit der Steinindustrie, „um einerseits den Bedarf der Reichsbahn an Schotter und Baustoffen in billigster und bester Beschaffenheit zu decken und anderseits die Wünsche der Steinindustrie soweit als möglich dabei zu berücksichtigen." Durch eine solche Verständigung auch mit anderen Zentralbaubehörden wäre auch nach unserer Meinung sicherlich viel gewonnen. Anschließend daran schreibt Herr Zachmann, alles nochmals zusammenfassend, folgendes:

„Ein weiterer Punkt scheint die angemessene Kürzung der Arbeitslöhne, denn die Steinbrüche sind eine sehr lohnempfindliche Industrie. Es sind immer noch eine ganze Anzahl Steinbezirke, die ihre übersetzten Löhne und sonstigen Belastungen wohl auf dem Papier haben und nicht arbeiten, während es doch nicht schwierig sein sollte, auch hier ein vernünftiges Maß auf beiden Seiten zu finden, damit die Steinbrüche wieder in Gang kommen. Auch für den Zentralverband der Steinarbeiter, der sehr empfindlich ist, wenn seine Arbeitspolitik angegriffen wird, wäre es angebracht, wenn er sich von politischen Bindungen und politischen Löhnen frei macht und mehr als bisher das große Ziel ins Auge faßt, seinen Anhängern Brot und Arbeit zu verschaffen, sei es auch auf dem Wege über den Privatunternehmer, nachdem die Arbeitsbeschaffung durch den Staat sich als ein Fehlweg erwiesen hat. Er möge bedenken, daß nicht die Lohn- und Sozialpolitik als solche von dem Unternehmer bekämpft wird, wogegen sich der Unternehmer aber wendet, ist das Hineintragen rein politischer und unsachlicher Motive und Machteinflüsse in ein Gebiet, in dem es sich um die Grundlage reiner wirtschaftlicher Erwägungen handelt. Indem dieser berechtigte Kampf als ein solcher gegen Lohn- und Sozialpolitik mißdeutet wird, wird die wirtschaftliche Atmosphäre immer wieder von neuem vergiftet und der von niemand dringender als von den Unternehmern gewünschten Zusammenarbeit und Verständigung immer neue Hindernisse entgegengesetzt. Nur Kapital und Arbeit im gegenseitigen Zusammenarbeiten schaffen neue Werte und tragen so zum Wiederaufbau der Wirtschaft bei.

Dementsprechend wären zur Rettung und Erhaltung der Steinindustrie in erster Linie notwendig organisatorische Maßnahmen für eine möglichst lang andauernde Beschäftigung im nächsten Jahre unter gleichzeitiger ständiger Fühlungnahme mit den steinabnehmenden Behörden, die Zuführung der zweckgebundenen Autosteuer für die Beschaffung von Straßenbaustoffen und ein verständnisvolles Zusammenarbeiten der Arbeiterschaft und ihrer Vertreter mit den Unternehmern, alles das, um wenigstens zunächst für ein Jahr lang die bodenständige Steinindustrie zu erhalten. Die gesunkenen Verkaufspreise, die ungeheuren Zinsbelastungen, die erhöhten Kosten der sozialen Fürsorge usw. muß der Unternehmer nächstes Jahr voraussichtlich sowieso noch weiter mitschleppen und tragen.

Mögen Unternehmer und Arbeiterschaft sich bewußt sein, daß die Erhaltung der Steinindustrie und überhaupt der deutschen Wirtschaft nicht vom Weltkapital und ihrem verfluchten Golde zu erwarten ist, sondern von einem freien deutschen Unternehmer und seinem freien deutschen Arbeiter!"

Das Vorstehende muß man mehreremal lesen, um über die „übersetzten Löhne und sonstigen Belastungen" und über die orakelhafte Empfehlung an unseren Verband nicht zu stolpern. Herr Zachmann schreibt, „die Lohn- und Sozialpolitik als solche" wird von den Unternehmern nicht bekämpft, er hätte logischerweise hinzufügen müssen, „nur die Höhe dieser Leistungen", dann wäre es aber auch noch nicht ganz richtig gewesen. Was richtig daran ist, weiß man hüben und drüben und soll deshalb mit solchen ernsten Sachen keine Wortklauberei treiben. Die angeblich von den Unternehmern „gewünschte Zusammenarbeit und Verständigung" wird in den meisten Fällen von ihnen selbst rücksichtslos zerschlagen, sobald die Arbeitsaufträge nachlassen. Von dieser altbekannten Tatsache legen besonders die letzten drei Jahre ein beredtes Zeugnis ab. Nur wenn gute Konjunktur herrscht, dann besinnt man sich auf „Verständigung", aber nicht etwa um der rechtlichen Verständigung willen, sondern nur allein um Bindungen des Arbeiters zum Nutzen des Unternehmers zu erreichen. Den guten Willen zum gemeinsamen Hantieren im Interesse der Steinindustrie haben — von einzelnen abgesehen — die Unternehmer der Steinindustrie dem Steinarbeiter durch Stockprügel auf den Magen ausgetrieben, bedenkenlos, ohne die Zukunft zu sehen und ohne zu erwägen, daß die gegenwärtigen Berufsverhältnisse nicht so bleiben. Daran ändert auch Herr Zachmann nichts mit seinen Zukunftsbetrachtungen. Trotz seiner guten Absicht, die wir ihm natürlich unterstellen, bleibt es günstigenfalls nur Theorie.

Der letzte Absatz aus dem Zitierten hat seine Wurzeln in der Theorie der Nationalsozialisten. Es ist eine besondere Meinung, um die man keinen beneiden möchte, daß die Erhaltung der Steinindustrie, ja der deutschen Wirtschaft überhaupt, nicht „vom Weltkapital und ihrem verfluchten Golde" zu erwarten ist. Wie kann nur ein ernst zu nehmender deutscher Großunternehmer in der Natursteinindustrie solche Ansichten äußern? Seine Kollegen aus der eigenen Industrie, die Export treiben müssen, wenn sie existieren wollen, werden gewiß den Kopf schütteln ob solcher autarkischen volkswirtschaftlichen Bekenntnisse. Sie werden zweifellos wie wir Herrn Zachmann mit seiner eigenen Ueberschrift fragen:

„Herr, wohin gehest du?"

Zum Schluß wollen wir Herrn Zachmann, der über die Lohnkürzungen durch Notverordnung noch nicht zufriedengestellt ist, ein Zitat aus einer Rede des amerikanischen Arbeitsministers Davis mit auf den Weg geben. Wir entnehmen das Zitat einem Artikel in der „Dresdner Volkszeitung". Es lautet:

„Es ist etwas Heiliges um Löhne; sie stellen Heim und Familie und häusliche Schicksale dar. Man sollte sehr vorsichtig sein, wenn man an Lohnfragen herantritt. In den Geschäftsbüchern sind Löhne nur Zahlen, aber draußen in der Welt bedeuten sie Brot und Kohlen, Kinderwiegen und die Erziehung von Kindern, Hilfe und Trost für Familien."

Um die Arbeitszeit

Die Reichsregierung hat sich stets gewehrt, der Forderung der Gewerkschaften auf gesetzliche Einführung der Vierzigstundenwoche nachzukommen. In der Notverordnung vom 5. Juni 1931 hat sie dann getan, als wolle sie mindestens in etwas der gewerkschaftlichen Forderung entgegenkommen. Diese Notverordnung gibt der Reichsregierung das Recht — allerdings unter vielen Einschränkungen und Kautelen — für einzelne Berufe die Regelarbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen. Daß diese Bestimmung den Gewerkschaften bei weitem nicht genügen konnte, haben wir wiederholt dargelegt. Seit dem Erlaß der Notverordnung sind fast acht Monate ins Land gegangen, ohne daß die Reichsregierung den allermindesten Gebrauch von der ihr erteilten Vollmacht gemacht hätte. Zunächst erklärte sie, sie wolle bestrebt sein, für einzelne Berufsgruppen, für die auch sie eine Herabsetzung der Regelarbeitszeit für durchaus diskutabel hielt, eine freiwillige Vereinbarung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern dieser Berufsgruppen herbeizuführen. Was wir vorausgesagt hatten, trat ein. Die Arbeitgeber dachten gar nicht daran, auf freiwillige Vereinbarungen einzugehen, sondern waren höchstens bereit, eine Herabsetzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit im Wege der Verordnung in Kauf zu nehmen. Nach dem Scheitern des Versuchs der freiwilligen Vereinbarungen erklärte der Reichsarbeitsminister wiederholt, daß nunmehr Ernst gemacht werden würde, für einzelne Berufe die gesetzliche Herabsetzung der Arbeitszeit durchzuführen. Für eine Reihe von Berufsgruppen wurden auch Verordnungsentwürfe im Arbeitsministerium ausgearbeitet. Ueber diese Entwürfe ist erneut mit den Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber verhandelt worden. Die Arbeitgeber wandten sich natürlich gegen die Entwürfe. Seitdem blieb alles beim alten.

Ganz unverkennbar hat das Reichsarbeitsministerium nie die ernste Absicht gehabt, im Wege der Gesetzgebung, sei es auch nur für einzelne Berufsgruppen, eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen. Dies beweist auch die neuerliche Stellungnahme des Reichsarbeitsministers zu dieser Frage. In einem Schreiben an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände legt Herr Dr. Stegerwald dar, daß er vom Gesichtspunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus eine Verkürzung der Arbeitszeit „nach wie vor für dringend erwünscht" halte, „dort, wo es technisch möglich und wirtschaftlich tragbar ist. Er fügt aber merkwürdigerweise hinzu, daß er „im Hinblick auf die arbeitsrechtlichen Vorschriften der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 die Ermittlungen über eine zwangsweise Arbeitszeitverkürzung zunächst zurückstellen" wolle. „Wann die Arbeiten für eine behördliche Arbeitszeitverkürzung wieder aufgenommen werden, wird von den Auswirkungen der Notverordnung, insbesondere hinsichtlich der Preisgestaltung, und von der weiteren Gestaltung des Arbeitsmarktes abhängen."

Also mit klaren Worten: die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit soll zunächst, d. h. auf unabsehbare Zeit, verschoben werden. In einem Augenblick, wo das Heer der Arbeitslosen die Sechsmillionengrenze überschritten hat, wo Arbeitslose kaum noch irgendwo eingestellt werden, weil man jede kleine Steigerung des Auftragsbestandes durch Erhöhung der Arbeitsstunden der Belegschaft, die vielfach in Kurzarbeit steht, auffängt, soll immer noch nicht an der durch die Entwicklung überholten Regelarbeitszeit gerüttelt werden. Wir wissen wohl, daß die generelle Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, angesichts der großen Arbeitslosigkeit und der starken Kurzarbeit, nicht mehr die arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen haben kann als zu der Zeit, zu der die Gewerkschaften die Forderung nach der Einführung der Vierzigstundenwoche aufstellten. Aber immer noch kann von dieser Maßnahme eine wirkungsvolle Auflockerung des Arbeitslosenheeres ausgehen. Noch immer kann gerade Verkürzung der Arbeitszeit ein Mittel sein, einer großen Zahl von Arbeitslosen wieder Lebensmut zu geben. Es ist unverständlich, daß sich das Arbeitsministerium resp. die Reichsregierung immer noch gegen einen Schritt sträuben, der infolge der strukturellen Wandlungen unseres Arbeitsapparates eine zwingende Voraussetzung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat daher Verwahrung gegen die Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums eingelegt und folgenden Brief an den Herrn Reichsarbeitsminister gerichtet:

„Mit starkem Befremden hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Kenntnis genommen von der im Schreiben des Herrn Reichsarbeitsministers an die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ausgesprochenen Absicht, von der der Reichsregierung durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 gegebenen Vollmacht, die gesetzliche Höchstarbeitszeit für einzelne Berufsgruppen herabzusetzen, zunächst keinen Gebrauch zu machen.

Wir können die Begründung dieser Stellungnahme nicht anerkennen. Die Gestaltung des Arbeitsmarktes, das immer weitere Steigen der Arbeitslosigkeit und die Gewißheit, daß noch für im Augenblick unabsehbar lange Zeit mit einer Massenarbeitslosigkeit gerechnet werden muß, macht im Gegenteil die beschleunigte systematische Verkürzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit zu einer zwingenden Notwendigkeit.

Die Tatsache, daß neben den starken konjunkturellen Störungen der Wirtschaft die stürmische technische und betriebswirtschaftliche Rationalisierung in allen Berufen eine der Ursachen der Massenarbeitslosigkeit ist, ist unbestritten. Damit wird die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit immer mehr zu einer der wesentlichen Voraussetzungen einer systematischen Bekämpfung der aus der Verschiebung der strukturellen Grundlagen unserer Wirtschaftsführung sich ergebenden Arbeitslosigkeit.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert daher, daß die Reichsregierung von der ihr durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 gegebenen und ohnehin ungenügend weitgehenden Vollmacht ungesäumt in weitestem Umfange Gebrauch macht und sofort, soweit die Verordnung solches irgendwie zuläßt, die gesetzliche Höchstarbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden herabsetzt."

Die Behauptungen über die Arbeiterbank richtiggestellt

Wir entnehmen der Gewerkschaftszeitung:

Nach der Veröffentlichung unseres Artikels in Nr. 1 der „Gewerkschaftszeitung" (Siehe auch „Steinarbeiter" Nr. 2) über die Lage der Arbeiterbank — und zum Teil durch sie veranlaßt — haben Besprechungen von Vertretern der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und ihrer Presse mit der Leitung der Arbeiterbank stattgefunden, die den Vertretern der SAP. Gelegenheit gaben, sich von der Unrichtigkeit der in der Sozialistischen Wochenzeitung der SAP. veröffentlichten Behauptungen zu überzeugen. Das Ergebnis der Aussprache war, daß sich die Vertreter der SAP. zum Abdruck folgender Erklärung in der „Sozialistischen Wochenzeitung" verpflichteten:

„In Nr. 17 der Sozialistischen Wochenzeitung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands vom 23. Dezember 1931 ist ein Artikel mit der Ueberschrift „Die Arbeiterbank gefährdet? Schwere Differenzen zwischen Aufsichtsrat und Direktion" veröffentlicht. In diesem Aufsatz wird behauptet, die Lage der Arbeiterbank sei äußerst schwierig; in dem gleichen Maße, in dem sie illiquide geworden sei, sei die von den Großbanken (Preußen-Konsortium) unter Beteiligung der Reichsbank begründete Garantie- und Akzeptbank eingesprungen; die Verpflichtungen der Arbeiterbank seien aber längst zu solcher Höhe angewachsen, daß der Termin nahegerückt sei, in dem die Garantie- und Akzeptbank ihre Stützungsaktion werde einstellen müssen; die Diskussion über die Verantwortung dafür, daß es mit der Arbeiterbank so weit habe kommen können, habe begonnen und habe sich in den Beziehungen zwischen Direktion und Aufsichtsrat zu offenem Streit zugespitzt; das Mitglied des Aufsichtsrates Oswald Schumann habe in besonders nachdrücklicher Form die verfehlte Politik des Vorstandsmitgliedes Bachem bemängelt; dieser habe Schumann zum Sündenbock zu stempeln gesucht, indem er ihn für die Gelder der Arbeiterbank verantwortlich gemacht habe, die kreditmäßig an das Bankhaus Bett Simon u. Co. gegeben worden seien; diese Firma habe von der Arbeiterbank einen Kredit von 6 bis 8 Millionen Reichsmark erhalten, welche Kapitalien ernsthaft gefährdet seien; auch andere Kapitalien der Arbeiterbank seien eingefroren: wenn die Garantie- und Akzeptbank, das heißt das Deutsche Reich, nicht ernsthaft helfe, so scheine unabsehbar, wie sich das Schicksal der Arbeiterbank gestalten werde."

Nachdem uns die Firma Bett Simon u. Co. eine Berichtigung hatte zugehen lassen, in der sie versicherte, daß das Gesamtguthaben der Arbeiterbank bei ihr noch nicht 6000 Reichsmark betrage, hat unsere Zeitung in der Nummer vom 30. Dezember 1931 eine Notiz mit der Ueberschrift „Bankhaus Bett Simon berichtigt" gebracht, worin die Behauptung aufrechterhalten wird, daß das Haus Bett Simon u. Co. von der Arbeiterbank einen Kredit von etwa 6 bis 8 Millionen erhalten habe.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. hat uns durch Vorlegung völlig beweiskräftiger Unterlagen davon überzeugt, daß die sämtlichen von uns in gutem Glauben gemachten Angaben der Wahrheit nicht entsprechen. Wir erkennen daher insbesondere an

a) daß die Arbeiterbank durchaus liquide und in keiner Weise gefährdet ist,

b) daß sie mit der Garantie- und Akzeptbank keinerlei Verbindung hat noch auch gehabt hat,

c) daß zwischen Direktion und Aufsichtsrat der Arbeiterbank eine Differenz oder gar ein offener Streit weder bestanden hat noch besteht,

d) daß das Guthaben der Arbeiterbank bei der Firma Bett Simon u. Co. noch nicht 6000 Reichsmark beträgt.

Wir bedauern, einer falschen Information zum Opfer gefallen zu sein und erklären, daß uns unserer ganzen Einstellung nach nichts ferner gelegen hat als eine Schädigung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G."

Aus dem früheren Steinmetzleben

III.

Das Gewänd am Birnbaumast.

„Göttschel" war sein Spitzname wegen seiner Habichtsnase. Er war brutal, grob und großschnäuzig. Warum er Lehrbubenpolier beim „alten Bumbes" geworden war, wußte keiner, denn mit seinem Können als Steinmetz war es nicht weit her. Nur für grobe, glatte Arbeiten langte es. Daß das Maul das beste an Göttschel war, hatte der Bumbes bald spitz, und er jagte ihn fort. Dadurch, daß Göttschel bei allen Steinmetzen unbeliebt war, wollte ihn kein Meister einstellen, der Scherereien wegen, die es geben mußte. Doch es war Mangel an Steinmetzen. Deswegen fand er schließlich doch wieder Arbeit, fand aber in der betreffenden Bude bei den Steinmetzen keine gute Aufnahme, was ihn wenig rührte. Kaltschnäuzig wie Göttschel war, bänkte er in der Reihe mit auf: einfache Hohlkehlgewände mit Nute und breiter Platte ohne Spunden in „rotem Aschaffenburger". 6 Batzen (70 Pfg.) gab es für den laufenden Schuh. Für ein Gewänd von sieben Schuh lang (2,10 Meter) also 4,90 Mk. Ein tüchtiger Steinmetz machte 2 Stück im Tag, denn der Aschaffenburger schaffte sich wie Speck. Es war fast ein Kunststück, „Bauern" herauszuhauen. Göttschel, der sich nicht hinten finden lassen wollte, versuchte sogar „zu stechen" — schneller fertig zu werden als die anderen —. Was aber bei den anderen Kollegen mal ausnahmsweise vorkam, ein Bauer, das wurde beim Göttschel zur Regel. Ein Bäuerlein war neben dem andern, als das Stück fertig war. Göttschel ging zum Meister, der in einer entfernten Ecke des Werkplatzes hantierte, um sich ein anderes Stück anweisen zu lassen. Sämtliche Kollegen fielen nun über das Gewänd her, umkränzten jedes Bäuerlein mit Holzkohle, das heißt zogen damit einen Kreis, und hängten dann das Gewänd mit einem Strick an den Ast des Birnbaums vor der Werkstatt. Als Göttschel bei seiner Rückkehr sein Gewänd am Ast baumeln sah, wollte er Krach machen, was die Steinmetzen mit lautem Hohn erwiderten. Der „Alte" aber sah sofort die umränderten Aeuglein und begriff die vollzogene Exekution. Göttschel war erledigt, niemand sah ihn wieder.

IV.

Abgewöhnt.

August, sein eigentlicher Spitzname soll „Flaut" (die Flöte) gewesen sein, war ein besserer Musiker als Steinmetz, spielte aber nicht die Flöte, sondern die Geige. Er stand arg unter dem Pantoffel, denn während seine Frau, von den Steinmetzen „die Fettschnut" genannt, Sonntags früh zum Fenster hinaus „spazieren guckte", mußte August die Kinder waschen und ankleiden. Spielte er Sonntagsnachmittags in einer der umliegenden Ortschaften zum Tanze auf, so kassierte die Fettschnut abends seinen Anteil; August erhielt keinen Pfennig davon. Auch am Zahltag fand sie sich ein, um ihrem Mann den Lohn gleich nach Empfang abzunehmen. So war August trotz seines bescheidenen Reichtums, er war Hausbesitzer und hatte auch noch eine Kohlenhandlung, ein armer Teufel. Die Fettschnut hielt ihn so knapp, daß er sich den bei den Steinmetzen damals üblichen Frühstückstrunk, ein Viertelchen Branntwein (ein Achtelliter), versagen mußte. Dadurch wurde August scharf auf jedes Restchen Branntwein, das er erwischen konnte. So trieb es unser August auch, als er beim Meister „Bordchen" (Brettchen) arbeitete.

Dieser hatte für jeden Steinmetzen an der Rückwand der Werkstatt einen ausrangierten Soldatenspind, billig erworben, anbringen lassen. Trank nun der eine oder andere beim Frühstück sein Viertelchen nicht ganz, so wurde das Fläschchen mit dem Rest ins unverschlossene Spind gestellt, um bei Bedürfnis den aufgesparten Schluck einzunehmen. August paßte beim Frühstück auf wie eine Dohle, wer Branntwein übrigließ. Todsicher war das Fläschchen leer, wenn der Betreffende danach griff, um den Rest zu trinken. August entwickelte eine Geschicklichkeit im Stibitzen ohnegleichen. Wurde er dann und wann einmal erwischt, so brauchte der, der den Schaden hatte, für Spott nicht zu sorgen. Alle wußten, daß der August knapp gehalten wurde. Deswegen wurde auch von dem für solchen Schabernack, wofür das Gebaren Augusts aufgefaßt wurde, üblichen Bernhard abgesehen.

Schließlich wurde den Kollegen die Sache zu bunt. Alles Zureden, alle Warnungen, ja selbst Drohungen halfen nicht. Es mußte zur Selbsthilfe geschritten werden. Aber wie?

Der „Schorsch" und der „rot Spitzbub" steckten die Köpfe zusammen, verrieten aber nichts. Am nächsten Morgen brachte der Bub dem Schorsch in einem weißen Fläschchen ein Viertelchen „Nordhäuser" mit, von dem er so recht augenfällig einen winzigen Schluck übrigließ. Beim Wegstellen ins Spind vertauschte der Schorsch das Fläschchen mit einem gleichaussehenden, das dasselbe Quantum gelbbrauner Flüssigkeit enthielt. August hatte nur gesehen, daß Schorsch Branntwein übriggelassen hatte; das Verwechseln war ihm entgangen.

Schorsch ging nach einiger Zeit austreten. Verabredungsgemäß machte der „rot Spitzbub" den August so recht heimlich aufmerksam, daß die Luft sauber sei. War es auch nur ein kleiner Schluck, wie August beim Frühstück festgestellt hatte, er konnte nicht widerstehen. Kaum hatte er mit der ihm bei derartigem Anlaß eigenen Behendigkeit den Schluck genommen, da erscholl vom Abort her ein lautes „Wohl bekomm's!" mit folgendem unbändigem Gelächter. August hatte nichts Besonderes bemerkt beim Trinken. Verdutzt sah er den Schorsch fragend an, als dieser in die Werkstatt kam, denn dem August ahnte Schlimmes. „Hott der Kerl den Urin von meiner Fraa gesoffe, den ich jetzt zum Dokter bringe sollt", erklärt der Schorsch laut, worauf alle quietschvergnügt aus vollem Hals zu lachen anfangen. August aber wurde käseweiß und sein Inneres kam nach außen; er mußte heimgehen. Anderntags kam die Fettschnut in die Werkstatt. Sie zeterte mörderisch, ihr Mann sei krank geworden durch den Trunk, wenn er womöglich stürbe, stehe sie allein mit den armen Kindern; sie tat, als ob sie selbst verhungern müsse. Das war dem „Schlannjes" zu stark. Mit den Worten: „Du schlecht verfresse Fettschnut, du frißt und säufst gut. Gäbst du dem arme August alsemol (manchmal) e' par Branntweinkreizer, breicht er annern ihr'n Branntwein nit zu saufe, unn daß gestern wär nit passiert" ergriff er einen vollen Wassereimer und schüttete dessen Inhalt der Fettschnut gegen ihr breites Hinterteil. Durchnäßt lief sie schimpfend fort. Am nächsten Tag kam August gesund wieder zur Arbeit. Der Zweck war erreicht! August bekam von da an „Branntweinkreuzer", brauchte fremden Branntwein, den er jetzt wie Feuer mied, nicht mehr zu stibitzen.

Wenn sie dich schmähen und wenn sie dich schelten,
Widersprich nicht mit hitzigem Blut,
Schweig und schaffe was schön und gut,
So wirst du zuletzt doch Recht behalten.

Aus dem Verband Für den Verband

Wer keinen Fußtritt spüren will im Rücken, muß sich nicht bücken

Der große Mann geht seiner Zeit voraus,
Der Kluge geht mit ihr auf allen Wegen,
Der Schlaukopf beutet sie gehörig aus,
Der Dummkopf stellt sich ihr entgegen.

Klarstellung

In der Nummer 3 des „Steinarbeiter" auf Seite 3 brachten wir einen kurzen Bericht von dem Ausgang eines Rechtsstreites vor dem Reichsarbeitsgericht unter der Ueberschrift: „Niederlage für die Hamburger Straßenbauunternehmer." Diese Ueberschrift ist nicht ganz richtig, sie muß heißen: „Niederlage der Straßenbauunternehmer in Lübeck/Eutin." Dementsprechend muß auch die Einleitung der Notiz jetzt lauten: „Mehrere Unternehmer im Landesteil Lübeck haben für den Landesverband Eutin" usw.

Es handelt sich nämlich bei dem Rechtsstreit um 6 Unternehmer, die im Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes e. V. organisiert sind und von ihrem Bezirksverein in Hamburg vertreten wurden. Die Nachzahlung erfordert einen Betrag von 6500 Mark. Die Redaktion bittet, von der vorstehenden Klarstellung Kenntnis zu nehmen.

Die Arbeitslosigkeit im Steinarbeiterverband Ende Dezember 1931

Die Zählung umfaßt 728 Zahlstellen mit 46 063 Mitgliedern. 24 Zahlstellen mit 2319 Mitgliedern konnten nicht erfaßt werden. Es wurden 40 627 arbeitslose Mitglieder ermittelt, das sind 88,2 Prozent der von der Zählung erfaßten Kollegen. Im Vormonat betrug die Arbeitslosigkeit 77,9 Prozent.

Nach den Hauptberufsgruppen ergibt sich folgendes Bild:

Gruppe	Gemeldete Mitglieder	davon arbeitslos in Zahlen	davon arbeitslos v. H	Im Vormonat v. H.
Steinarbeiter	32 901	28 753	87,4	75,8
Steinsetzer . . .	13 162	11 874	90,2	83,2

Auf die einzelnen Landesarbeitsämter verteilt sich die Arbeitslosigkeit wie folgt:

Landesarbeitsamtsbezirk	Insgesamt Dez. v. H.	Insgesamt Nov. v. H.	Steinarbeiter Dez. v. H.	Steinarbeiter Nov. v. H.	Steinsetzer Dez. v. H.	Steinsetzer Nov. v. H.
Ostpreußen	93,2	89,9	95,4	84,2	92,0	92,5
Pommern	92,5	80,4	80,7	51,1	96,1	87,6
Schlesien	91,0	85,9	90,0	84,7	95,0	91,1
Sachsen	90,0	76,4	91,9	77,0	77,2	72,3
Südwestdeutschland . . .	89 5	62,5	89,3	62,3	96,0	72,0
Hessen	88,4	71,4	86,3	66,8	97,0	88,1
Brandenburg	87,9	81,1	88,6	80,5	87,6	81,4
Rheinland	87,8	80,1	88,6	81,0	84,7	76,9
Westfalen	87,0	84,8	74,7	75,9	96,5	92,7
Niedersachsen	87,0	78,9	88,1	78,3	85,8	79,5
Mitteldeutschland	86,7	76,1	80,9	71,7	94,2	81,7
Bayern	84,1	74,3	83,8	73,6	88,4	83,1
Nordmark	83,1	76,6	69,4	64,0	89,2	82,0
Reichsgebiet	88,2	77,9	87,4	75,8	90,2	83,2
1930	71,5	53,2				
1929	58,3	31,2				
1928	45,3	16,5				

Die Arbeitslosenziffer vom Dezember hat den Elendsrekord des Vormonats noch überschritten. Dabei fällt auf, daß die Differenz zwischen dem Höchst- und dem Tiefststand der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Bezirken und Berufen nur gering war. Betrug diese Differenz im Vormonat noch 20 bis 34 Prozent, so zeigte sich bei der Dezemberzählung, daß nur noch eine 10- bis 26prozentige Differenz zwischen dem Höchst- und dem Tiefststand der Arbeitslosigkeit vorlag. Durchschnittlich standen am Jahresschluß nur 12 Prozent der Mitgliedschaft in Arbeit, von diesen arbeitete der 8. Teil noch kurz.

Mit dieser Zählung schließt die Arbeitslosen-Statistik für das Jahr 1931 ab. Selbst die größten Pessimisten werden am Anfang des vergangenen Jahres eine monatsdurchschnittliche Arbeitslosigkeit von 66,5 Prozent nicht für möglich gehalten haben. Und doch ist es so. Durchschnittlich hat also das ganze Jahr nur ein Drittel der Mitgliedschaft Beschäftigung gehabt oder, wenn Arbeit und Arbeitslosigkeit gleichmäßig verteilt gewesen wäre, so hätte jedes Mitglied nur ein Drittel des Jahres Arbeit gehabt und zwei Drittel des Jahres wäre es arbeitslos gewesen.

Hieraus geht die erbärmliche Lage des größten Teiles unserer Mitgliedschaft mit aller Deutlichkeit hervor. Ebenso fest steht aber auch die Erkenntnis, daß dem weiteren Absinken der gesamten Lebenshaltung nur ein Damm entgegengesetzt werden kann **durch das Zusammenhalten und machtvolle Wiederaufwärtsstreben der in ihren zuständigen Organisationen geeinten Arbeiterschaft.** Nur durch Zusammenschluß und Zusammenhalt kann der Wiederaufstieg erkämpft werden. **Jedes Mitglied sei daher ein Agitator und Organisator!**

Daß er damals nur gefärbtes Salzwasser getrunken hatte, erfuhr er nie.

V.

Wirklich gehenkt.

(Unbesonnene Roheit im Suff.)

Kollege Bechtel war als Fremder zugereist. Ziemlich abgerissen suchte er durch sparsames Leben seinen äußeren Menschen wieder in Ordnung zu bringen; er schaffte sich vor allem „Schale" an. Dieses sowohl, wie auch, daß er sich auf der Wanderschaft andere Ansichten über Lebensnotwendigkeiten angeeignet hatte, wie sie den Einheimischen geläufig waren, mag den Kollegen veranlaßt haben, die überflüssigen Saufereien zu meiden. Alles Hänseln und Spotten der anderen Kollegen prallte an seinem stillen, ernsten Wesen ab. Gegen die üblichen Handwerksbräuche verstieß er nie, mit einem „Bernhard" war ihm nicht beizukommen. Durch Zu- und Abgang war in der kleinen Bude eine richtige Saufbrüderschaft zusammengekommen. Den betreffenden Krauter kümmerte das wenig. Er hatte den Vorteil dabei, daß wie toll gewuchtet wurde. Beim Preismachen waren sie in ihrem Dusel leicht zu übervorteilen und waren dann gezwungen, das Fehlende aus der „Arm"kasse zuzulegen. Bechtel störte sich an allem nicht, er blieb derselbe. Als alles nichts nützte, jeder Versuch, Bechtel zum Mitsaufen zu zwingen, fehlschlug, wurde beschlossen, ihn aufzuhängen. Ein Schild „Bechtels letzte Augenblicke", an seinem Platz angebracht, sollte ihm die Urteilsvollstreckung anzeigen. Bechtel betrachtete dieses als Dummenjungenstreich. Sein Stand befand sich unter einem Querbalken der Werkstatt. Als die Saufbrüder gegen Abend schon ziemlich geladen hatten, führten sie tatsächlich ihren Plan aus. In den Spitzstrang (Zugseil) wurde eine regelrechte Schlinge gemacht, über den Querbalken geworfen, und ehe Bechtel sich's versah, baumelte er. Die rohe Bande lachte und schrie dabei. Dadurch wurde der Polier Hannjer aufmerksam, eilte herbei und rettete den armen Bechtel vor dem Tod. Das war Bechtel doch zu stark geworden, er wanderte weiter. Hoffentlich fand er wieder Arbeit bei vernünftigeren Kollegen.

Können mehrere Sozialrenten nebeneinander bezogen werden?

So lauten wiederholt Anfragen aus Kollegenkreisen. Obwohl wir darüber bereits im „Steinarbeiter" berichtet haben, soll es noch einmal geschehen. Der neue Rechtszustand ist folgender:

Die Invalidenrenten, das Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung sowie die Invaliden-(Alters-)Pensionen und das Ruhegeld aus der knappschaftlichen Versicherung ruhen neben

1. Krankengeld von mindestens einmonatiger Dauer aus der Sozialversicherung oder der Reichsversorgung,
2. Verletztenrente aus der Unfallversicherung,
3. Beschädigten- und Dienstzeitrenten (ohne Pflegezulage, Führerhundzulage und Zusatzrente) nach dem Reichsversorgungsgesetze, dem Altrentnergesetze, dem Wehrmachtversorgungsgesetze, den früheren Militärversorgungsgesetzen, dem Reichsgesetz über die Schutzpolizei der Länder oder dem Reichsgesetz über die Versorgung beim Reichswasserschutz,
4. Ruhegehälter und Wartegelder auf Grund einer Beschäftigung nach §§ 1234, 1242 der Reichsversicherungsordnung, §§ 11, 17 des Angestelltenversicherungsgesetzes oder §§ 30, 52 des Reichsknappschaftsgesetzes (= in Betrieben oder im Dienste des Reiches, der Deutschen Reichsbahngesellschaft, eines Landes, eines Gemeindeverbandes, einer Gemeinde oder eines Versicherungsträgers Beschäftigten)

bis zur Höhe dieser Bezüge. Das gilt auch, soweit an Stelle einer dieser Leistungen Krankenhauspflege oder Heilanstaltspflege (Anstaltspflege) tritt; in der Unfallversicherung steht dabei die Heilanstaltspflege (Anstaltspflege) der Vollrente gleich.

Wer also Krankengeld, Unfallrente, Beschädigtenrente nach dem Reichsversorgungsgesetze usw. bezieht, **bei dem ruht der Bezug der Invalidenrente,** ebenso das Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung usw. bis zur Höhe des Krankengeldes, der Unfallrenten und der anderen Bezüge. Beträgt z. B. die Unfallrente 30 Mark und die Invalidenrente 35 Mark, dann ruhen von der Invalidenrente 30 Mark, **d. h. sie kommen nicht zur Auszahlung.**

Auch die Hinterbliebenenrenten aus der Invalidenversicherung, der Angestellten- und der knappschaftlichen Pensionsversicherung ruhen neben

1. Hinterbliebenenrenten aus der Unfallversicherung,
2. Witwenrenten (ohne Zusatzrente) aus den vorstehend unter 3 aufgeführten Versorgungsgesetzen,
3. Hinterbliebenenbezüge auf Grund versicherungsfreier Beschäftigung (siehe obenstehend unter 4)

bis zur Höhe dieser Bezüge.

Außerdem ist folgendes festzuhalten:

Beim Zusammentreffen mit Bezügen aus den aufgeführten Versorgungsgesetzen oder auf Grund versicherungsfreier Beschäftigung wird, wenn der Versicherte freiwillige Beiträge entrichtet oder sich freiwillig höher versichert hat, vom Ruhen der Teil der Rente ausgenommen, der dem Verhältnis der freiwilligen zur gesamten Beitragsleistung entspricht.

Des weiteren ist zu merken:

Beim Zusammentreffen mit Renten aus der Unfallversicherung tritt das Ruhen erst ein, **wenn Unfallrente tatsächlich gewährt wird.**

Kommen für das Ruhen mehrere Renten aus verschiedenen Versicherungszweigen in Frage, so gilt folgende Reihenfolge: Knappschaftliche Pensionsversicherung, Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung. Bei Renten aus der Invalidenversicherung ruht der Anteil des Versicherungsträgers vor dem Anteil des Reichs. Die Invalidenrente setzt sich nämlich noch aus einem Reichszuschuß, der 72 Mark jährlich beträgt, zusammen. Dieser hier aufgeführten Regelung stand bisher folgendes gegenüber:

A. In der Invalidenversicherung.

Einem Invaliden, der Mitglied einer Krankenkasse ist, stand im Falle der Erkrankung und der damit verbundenen Arbeitsunfähigkeit neben der Invalidenrente auch Krankengeld zu. Außerdem war neben einer Invalidenrente der Bezug von Unfallrente möglich, wenn die Voraussetzungen für die Gewährung von Unfallrenten gegeben waren. War die Invalidität Folge eines entschädigungspflichtigen Unfalles, so ruhte der Teil des Grundbetrags der Invalidenrente, der dem vom Versicherten bezogenen Teil der Vollrente aus der Unfallversicherung entspricht.

War jemand z. B. durch Unfallfolgen um 70 Prozent in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt und bezog er daher neben der Unfallrente auch Invalidenrente, so hatte die Invalidenversicherung 70 Prozent des Grundbetrags (Grundbetrag beträgt z. Z. 168 Mark jährlich = 117,60 Mark) von der Invalidenrente zu kürzen.

Galt die Invalidität wegen Verschlimmerung der Unfallfolgen nachträglich als Folge des Unfalls, so durfte die Ruhensvorschrift nicht zur Kürzung des bisherigen Gesamtrentenbetrags angerechnet werden.

Außerdem: Neben der reichsgesetzlichen Unfallrente ruhte die Invalidenrente, soweit die Gesamtbezüge den Jahresarbeitsverdienst überstiegen, den in derselben Gegend ein gesunder Arbeiter der Berufsgruppe erzielte, welcher der Versicherte bei wesentlicher ungeschwächter Arbeitskraft nicht nur vorübergehend angehört hat.

Trafen mehrere Hinterbliebenenrenten mit Unfallrente zusammen, so ruhten sie nach dem Verhältnis ihrer Höhe, soweit die Gesamtbezüge aller Hinterbliebenen 80 v. H. des maßgebenden Jahresarbeitsverdienstes überstiegen.

Neben Bezügen aus der Reichsversorgung wurde die Invalidenrente voll gezahlt.

B. In der Angestelltenversicherung.

Neben der Angestelltenrente konnte Krankengeld bezogen werden, aber auch Unfallrente. War die Berufsunfähigkeit Folge eines entschädigungspflichtigen Unfalls, so ruhte der Teil des Grundbetrags des Ruhegeldes, der dem vom Versicherten bezogenen Teile der Vollrente aus der Unfallversicherung entsprach (siehe das Beispiel bei der Invalidenversicherung). Galt die Berufsunfähigkeit wegen Verschlimmerung der Unfallfolgen nachträglich als Folge des Unfalls, so durfte die Ruhensvorschrift nicht zur Kürzung des bisherigen Gesamtrentenbetrags angewandt werden. Außerdem galten noch einige ähnliche Bestimmungen wie in der Invalidenversicherung.

Auch in der knappschaftlichen Pensionsversicherung bestanden bisher schon Ruhensvorschriften, allerdings ebenfalls nicht in dem Umfang wie jetzt.

Die Ruhensvorschriften bei Bezug von mehreren Rentenleistungen waren vordem zwar komplizierter, aber in der materiellen Auswirkung keineswegs so empfindlich wie die einfacheren Ruhensvorschriften, die die 4. Notverordnung eingeführt hat.

Demokritus.

Regensburg. In einer Versammlung am 13. November 1931 wurde beschlossen, daß die arbeitslosen Kollegen heuer nicht mit Geld, sondern mit Lebensmitteln unterstützt werden. Die Zahl der Kollegen, die schon lange arbeitslos sind, ist aber sehr groß und die Lokalkasse sehr schwach. Damit nun die Sache dennoch funktionierte, haben sich die Kollegen Kassierer Spanner und Hutterer bemüht, eine Sammlung bei Geschäftsleuten, die uns gut gesinnt sind, zu bewerkstelligen. Sie ergab auch einen schönen Erfolg. — Am 20. Dezember fand die Weihnachtsfeier statt. Kollege Bräu begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen mit Frauen und Kindern, sprach dann über die Notlage im Steinmetzgewerbe und forderte zugleich die Kollegen in kernigen Worten auf, zusammenarbeiten zu wollen und dem Verband auch in der schlechten Zeit die Treue zu bewahren. Drei Mädchen sprachen einen Prolog. Anschließend folgte die Bescherung für 17 arbeitslose Kollegen (im Werte von 5 bis 7 Mark) und der 12. Kinder (je eine Tüte). Klaviermusik sorgte für gute Unterhaltung. 22 Frauen wurden mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Unser Herbergsvater Faltermeier und dessen Frau halfen uns in liebenswürdiger Weise mit. Kollege Martin Gial bedankte sich im Namen aller. Die Kollegen saßen noch lange bis in die Mitternachtsstunde beisammen. Jeder denkt heute noch mit Befriedigung an das schöne Familienfest.

Marienwerder i. Westpr. Generalversammlung am 3. Januar im Gewerkschaftslokal. 1. Bericht über das verflossene Jahr. 2. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 3. Verschiedenes. Der Vorsitzende dankte den zahlreich Erschienenen und verband damit die besten Wünsche für das neue Jahr. Das Protokoll von der Monatsversammlung am 6. Dezember wurde vom Schriftführer verlesen. Auf der Tagesordnung fehlte die Abrechnung vom vierten Quartal, die auf Grund rückständiger Beiträge nicht stattfinden konnte und bis zum 15. d. Mts. zurückgestellt wird. In ehrenden Worten wurde des unlängst verstorbenen Kollegen Kidrowski gedacht und an die Einzahlungen in den Sterbefonds erinnert. Verlesen wurden zwei Rundschreiben über Invaliden- und sonstige Unterstützungen. In dem Bericht über das verflossene Jahr, das neben den Notverordnungen eine allzugroße Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatte, mußte immer wieder auf das Zusammenhalten hingewiesen werden. Es wurden zwölf Versammlungen und zwei Vorstandssitzungen im Kartell abgehalten. An zwei Versammlungen war Kollege Kasper von der Bezirksleitung zugegen. Wiederaufnahmen wurden drei vorgenommen, wovon zwei wieder ausgeschlossen wurden. Sämtliche Mitglieder entschieden sich für Wiederwahl der alten Funktionäre. Für das entgegengebrachte Vertrauen dankte der 1. Vorsitzende den Mitgliedern und sprach sich lobend für die gute Führung der Kassengeschäfte aus. Dann wurde auf die Vorführungen am 25. Januar hingewiesen. Damit jeder Kollege, auch in der Lage ist, in dieser so ernsten schweren Zeit etwas Heiteres zu erleben, werden die Unkosten auf Vorschlag von der Lokalkasse getragen. Beim Umlageverfahren versprachen die Mitglieder, sich erkenntlich zu zeigen. Mit dem Appell, ohne Einfluß politischer Machenschaften der kommenden Zeit entgegenzusehen und treu zum Verbande zu stehen, wurde die Versammlung geschlossen.

Nauen. Am Sonntag, dem 3. Januar 1932, fand die fällige Versammlung der Unterzahlstelle Nauen statt. Anwesend waren der Kollege A. Jackisch aus Berlin sowie 16 Kollegen. Zwei Kollegen fehlten entschuldigt. Der Bezirksleiter, Kollege P. Baum aus Spandau, begrüßte die Kollegen zum neuen Jahre, gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Kollegen in Nauen immer fast vollzählig an den Versammlungen teilnehmen. Ein Durchschnittsbesuch von 90 Prozent ist in Nauen zu verzeichnen. Der Kollege sprach den Wunsch aus, daß im neuen Jahr das Interesse und der Zusammenhalt in der Organisation weiter so gepflegt werde wie bisher. Die Tagesordnung lautete: 1. Jahres- und Kassenbericht. 2. Wahl des Hauskassierers und eines Delegierten zur Gewerkschaftsunterkommission. 3. Bericht von der Bezirkskonferenz Groß-Berlin vom 29. Dezember 1931. 4. Bericht über Lohnverhandlungen im Tarifbezirk Potsdam. 5. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. Den Jahresbericht gab in kurzen Zügen der Kollege P. Baum, den Kassenbericht der Kollege K. Horlitz. Der Bestand der 5-Pfennig-Unterstützungskasse ist 97,85 Mark. Aus dieser Kasse sind 1931 an in besondere Not geratene Kollegen 100,20 Mark gezahlt worden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Auch dem Hauskassierer, Kollegen Manske, wurde Entlastung erteilt und er einstimmig wiedergewählt. Auch der Kollege F. Wulkow wurde als Delegierter zur Gewerkschaftsunterkommission einstimmig wiedergewählt, weil er seine Funktion zur vollsten Zufriedenheit der Kollegen ausführte. Der Bezirksleiter erklärte zu dieser Wahl, daß es ein freudiges Ergebnis sei, wenn die alten Kollegen wiedergewählt worden sind, denn das festigt unsere Organisation. Nun gab uns der Kollege P. Baum den Bericht von der Bezirkskonferenz Groß-Berlin. Besonders zu bemerken sei der neue Lohn für Groß-Berlin, der in freier Vereinbarung geschaffen wurde und laut Notverordnung bis 30. April 1932 Gültigkeit hat. Er beträgt für Steinsetzer und Hauer 1,49 Mark, für Rammer 1,34 Mark und für ständige Hilfsarbeiter 85 Pfennig und für Erdarbeiter 79 Pfennig. Zu dem Fall Taege erklärte der Kollege Wulkow, daß der Hauptvorstand sich dafür einsetzen möchte bei der Gerichtsverhandlung, daß dem ehemaligen Gauleiter Taege mildernde Umstände zugebilligt werden. Zum 4. Punkt schilderte der Kollege A. Jackisch den Verlauf der Lohnverhandlungen im Tarifbezirk Potsdam. U. a. führte er aus, daß die Unternehmer vom Bezirk Potsdam gar nicht daran dachten, sachlich zu verhandeln, sondern mitteilten, daß sie unsere Forderungen als Silvesterscherz auffaßten. So kam es dann zu einem Schiedsspruch, der einen Abbau von 10 Prozent vorsieht, wogegen arbeitgeberseits erst ein Abbau von 15 Pfennig pro Stunde und dann noch 10 bis 15 Prozent Abbau gefordert wurden. Nun haben wir in einigen Orten für unsere Kollegen Hilfsarbeiter sogar 5 Pfennig die Stunde mehr als in Berlin. In der Diskussion sprach für die Nauener Kollegen der Kollege Wulkow, der die Arbeiten der Kollegen Nitsche und Jackisch sowie der Lohnkommission in tariflicher sowie arbeitsgerichtlicher Hinsicht hervorhob und die den guten Erfolg nur dadurch sichern können, wenn die Kollegen alle restlos treu zur Fahne der Organisation stehen und alle Vorkommnisse sofort melden. Der Kollege Jackisch dankte dem Kollegen Wulkow sowie den Nauener Kollegen für ihr Treuegelöbnis und forderte die Kollegen auf, trotz der schlechten Lage nicht den Mut zu verlieren, sondern weiter treu zur Gewerkschaft zu stehen. Die Kollegen beantworteten das mit einem dreifachen Hoch auf die Arbeiterbewegung, insbesondere auf den Steinarbeiterverband. Nachdem noch die Kollegen Werner als Schriftführer und Denzin als Stellvertreter gewählt waren und unter Verschiedenem noch einige Angelegenheiten erledigt wurden, hatte die Versammlung ihr Ende.

Lauenburg. Am 6. Januar fand unsere Generalversammlung im Lokal Baden, Kaiserstraße, statt. Außer einem Kollegen waren alle erschienen. Die reichhaltige Tagesordnung wies sechs Punkte auf. Kollege Czaja sprach über den neuen Lohnabbau und die bevorstehenden Tarifverschlechterungen. Zur Zeit ist der Lohn für Steinsetzer 1,26 Mark und für Rammer 1,14 Mark, Landzulage 15 Pfennig die Stunde. Eine 15-Pause fällt weg. Dieser Tarif hat Gültigkeit bis zum 1. April 1932. — Durch die besonders schlechte Baukonjunktur hat auch unsere Lokalkasse zu leiden. In den Jahren 1927—1928 waren unsere Kassenverhältnisse die besten seit Bestehen der Filiale gewesen. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende, Kollege Schulz. Die Neuwahl zeigte sonst alljährlich Aufregung unter den Kollegen. Die Situation ist aber dieses Mal eine andere. Man mußte staunen, wo doch früher sehr heiß in diesem Akte gestritten wurde, wählten die Kollegen den alten Vorstand einstimmig wieder. Das ist seit Bestehen der Filiale noch nicht dagewesen. Vielleicht kommen doch manche Kollegen zur Einsicht. Nur der Hilfskassierer war nach dreieinhalbjähriger Tätigkeit seiner Funktion müde geworden und bat um Ablösung. Kollege Dreyer wurde dafür gewählt. Der Vorstand dankte für das entgegengebrachte Vertrauen und wünschte allen Kollegen das Beste in ihrem Beruf für das Jahr 1932.

Rundschau

Das Notrecht in der Krankenversicherung. Aus einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers vom 23. Dezember 1931 über das neue Notrecht in der Krankenversicherung, in dem für die Anwendung der neuen Vorschriften verschiedene Gesichtspunkte hervorgehoben werden, ist folgendes für die Versicherten festzuhalten:

Für die Versicherten ist die Krankenhauspflege keine Mehrleistung — bekanntlich wurden durch die Notverordnung die Mehrleistungen in der Krankenversicherung gestrichen —, sondern eine Ersatzleistung und wird deshalb von der Verordnung **nicht** betroffen. Das Entsprechende gilt für die Hauspflege namentlich dann, wenn die Aufnahme des Kranken in ein Krankenhaus geboten, aber nicht ausführbar, ferner für den Aufenthalt in einem Genesungsheim während der Krankheit und der gesetzlichen Leistungsdauer.

Zahnersatz, sagt das Rundschreiben des Reichsarbeitsministers, kann Bestandteil der ärztlichen Behandlung oder ein kleines Heilmittel sein und ist **dann als Regelleistung** anzusehen. Es wird Fälle geben, in denen ein größeres Heilmittel die Dauer des Heilverfahrns abkürzt und dadurch der Kasse Kosten erspart. Die Aufsichtsbehörden sollen in solchen und ähnlichen Fällen die Gewährung eines größeren Heilmittels nicht beanstanden. Es kommt allerdings immer auf die besondere Eigenart des Falles an.

Für die Angehörigen von Versicherten ist die Krankenhauspflege allerdings eine Mehrleistung (§ 205 Abs. 3 RVO.) und kommt in Wegfall. Geht die Krankenhauspflege auf Rechnung des Angehörigen, so hat dennoch die Kasse für die ärztliche Behandlung, für die Arznei und kleinere Heilmittel in den Grenzen des § 205 Abs. 1 aufzukommen. Der Absatz 1 besagt: Von den Kosten für Arznei und kleinere Heilmittel wird die Hälfte erstattet.

Im oberschlesischen Steinkohlenrevier waren 14 Bergleute verschüttet worden. Sieben von ihnen konnten lebend geborgen werden. Mit einem wahren Heldenmut haben sich die Verschütteten 6 Tage hindurch aufrechtzuhalten versucht. Als ein Mann von großer Geistesgegenwart hat sich der Rohrleger Schlama aus Beuthen gezeigt. Er war es, der den der Verzweiflung nahen Kameraden immer wieder Mut zuzusprechen verstand. Der angestrengten Arbeit der Rettungsmannschaft gelang es endlich nach 144 Stunden, zu den Eingeschlossenen vorzudringen. — Der Reichspräsident u. a. prominente Persönlichkeiten haben den Geretteten herzliche Glückwünsche ausgesprochen. Die preußische Staatsregierung hat jedem 200 Mark gestiftet. Wir würden es begrüßen, wenn auch die Retter nicht nur durch eine Rettungsmedaille, sondern auch durch ein Geldgeschenk für ihre schwere Mühe entlohnt werden. Es zeigt sich immer wieder, daß im Bergbau wahre Kameradschaft kein leerer Wahn ist. Nur schwer arbeitende Menschen sind zu solcher Aufopferung für ihre Kameraden fähig.

Christliche Gewerkschaften gegen Nationalsozialisten. Es ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß die christlich-nationalen Arbeitergewerkschaften jetzt dem Nationalsozialismus eine entschiedene Absage erteilt haben. Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat auf seiner letzten Tagung nach einem Referat des Gaugeschäftsführers Jakob Kaiser, Münster, der Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn ist, nach dem Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften (Nr. 1 vom Januar 1932) seinen Standpunkt folgendermaßen festgelegt:

„Referat und Aussprache ergaben die einheitliche Erkenntnis, daß der Nationalsozialismus für die christliche Arbeiterbewegung etwas Wesensfeindliches ist. Er stößt sich mit dem Gesetz christlicher Weltanschauung. Sein Diktaturwille widerspricht der innersten Freiheitsauffassung des deutschen Menschen. Und hinter ihm sieht die christliche Arbeiterbewegung die Mächte der Reaktion, deren Wesensziel die Beschränkung des Lebensraumes der Arbeiterschaft ist und bleibt."

Es handelt sich hierbei allerdings nur um eine Stellungnahme der christlichen Arbeiterorganisationen, des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, nicht aber um eine Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes, zu dem auch der Gesamtverband der christlichen Angestelltengewerkschaften, mit dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband an der Spitze, und der Gesamtverband der christlichen Staatsangestelltengewerkschaften gehören. Besonders im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband ist aber die nationalsozialistische Agitation zu Hause. Verband und Naziorganisation sind hier oft dasselbe.

Zehn Jahre gewerkschaftliche Bildungsarbeit in Berlin. Die Berliner Gewerkschaftsschule bestand 1931 zehn Jahre. Da sie die einzige in dieser Art noch bestehende gewerkschaftliche Bildungsanstalt ist, haben wir allen Grund, ein solches Jubiläum zu feiern. Der Leiter dieser Anstalt, Kollege Fritz Fricke, erstattet über die zehnjährige Tätigkeit der Berliner Gewerkschaftsschule einen Bericht, der auf 180 Seiten in äußerst interessanter Weise Werdegang und Entwicklung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit eines Ortsausschusses darlegt. Er ist dem Kollegen Sassenbach, „dem Anreger und Förderer des gewerkschaftlichen Bildungswesens", gewidmet. Man beachte, welche Vorkommnisse zwischen 1921 und 1931 das Gewerkschaftsleben erschütterten und eine intensive Bildungsarbeit störten. Fricke erklärt die Arbeiterbildung als eine Zweckbildung für den sozialen Kampf, „natürlich nicht in jenem grobschlächtigen Sinn, wie sich die Karlchen Mießnicks der rechten und linken radikalen Flügelparteien den Klassenkampf vorstellen". Die Berliner Gewerkschaftsschule hat zwei Vorgänger. Im Jahre 1919 wurde die Freie Hochschule für Proletarier ins Leben gerufen. Später folgte die Räteschule der Berliner Arbeiterschaft. Aus dieser ist dann die Berliner Gewerkschaftsschule hervorgegangen. Eine besondere Schule für Gewerkschaften „wurde notwendig und unumgänglich, weil die Stellung der Gewerkschaften im politischen Leben zwangsläufig besondere konkrete gewerkschaftliche Bildungsaufgaben aufwarf, deren Träger und Leiter in der Hauptsache nur die Gewerkschaften selbst sein konnten ... Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit muß in erster Linie Funktionärschulung sein, denn die geistigen und moralischen Qualitäten des Funktionärkörpers sind gerade das Fundament, auf welchem die Gesamtbewegung ruht. Diese Bildungsaufgabe kann den Gewerkschaften von keiner Seite abgenommen werden." Rund 40 000 Hörer sind von der Berliner Gewerkschaftsschule für den sozialen Kampf vorbereitet und durchgebildet worden. 133 Lehrkräfte haben sich diese Arbeit geteilt. Ein wichtiges Stück Kulturarbeit wurde hier in einem Zeitraum von zehn Jahren geleistet. Die Berliner Gewerkschaftsschule stand von Anfang an unter der Leitung Fritz Frickes. Seine Bemühungen und die finanziellen Aufwendungen des Ortsausschusses sind durch die Erfolge der Schule ausreichend belohnt worden.

Der Sturmangriff der Nazis auf die Betriebe. Das Berliner Organ der Nationalsozialisten hat großsprecherisch verkündet, daß sich nach dem Fallen des innerpolitischen Burgfriedens die Schleusen der Agitation erneut öffnen. Als nächstes und Hauptziel sei die Eroberung der Betriebe, als den Hochburgen des Marxismus in Aussicht genommen. Man muß also damit rechnen, daß die Nazis ihre Prophezeiungen wahr machen und Millionen Flugblätter über die Belegschaften der Großbetriebe herniedergehen lassen. Sie werden hier auf Granit beißen, wenn auch nicht geleugnet werden kann, daß sie in dieser furchtbaren Zeit hier und da Verwirrung anrichten können. Immerhin steht in den Betrieben die Avantgarde der modernen Arbeiterbewegung. Hier herrscht der seit Jahrzehnten geschulte, intelligente Gewerkschaftsfunktionär. Seit einer Reihe von Jahren versuchen die Kommunisten neben anderen Schädlingen in diese Hochburgen der Gewerkschaftsbewegung einzudringen. Trotz den schmutzigsten Agitationsmitteln waren die Erfolge nicht sehr erhebend. Bei den Betriebsrätewahlen des Jahres 1931 erhielten die freien Gewerkschaften von 100 Arbeiterratsmitgliedern 83,6, die christlichen Gewerkschaften 7,9, die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften 1,1, die Kommunisten (RGO.) 3,4, die Nazis 0,5 und Sonstige, insbesondere Nichtorganisierte 3,5. Die freien Gewerkschaften haben also ihre überragende Stellung zu halten gewußt. Kommunisten und Nazis hatten ihre größten Erfolge in einigen Großindustrien namentlich im Ruhrbergbau und in der chemischen Industrie. Sogar in der Metallindustrie bilden die Kommunisten nur eine kleine Minderheit und in der Textilindustrie sind sie ganz unbedeutend. Die Erfolge der Nazis waren völlig belanglos. Der „Deutsche Volkswirt", der sich mit den Betriebsrätewahlen in Nr. 15 beschäftigt, schreibt hierzu folgendes:

„In den weitaus meisten Betrieben, besonders den mittleren und kleineren, gilt eben doch der sozialdemokratische Vertrauensmann der freigewerkschaftlichen Organisation als der bessere Sachverwalter der eigenen Interessen der Arbeiter, wenn er mit dem kommunistischen Agitator in Konkurrenz steht. Das läßt darauf schließen, daß doch auch die kommunistische Welle in der heutigen Höhe vor allem stimmungsbedingt ist: Bei politischen Wahlen glaubt man vielfach, den Stimmungen freien Lauf lassen zu dürfen, während die Belegschaftsinteressen des einzelnen Betriebes dem Arbeiter näher liegen und er das Gefühl hat, sich eine andere als eine sachliche Einstellung nicht leisten zu können. Wie wenig die Nationalsozialisten in der Arbeiterschaft eingedrungen sind, daran lassen die Zahlen nicht den geringsten Zweifel." —

So urteilt ein bürgerliches Blatt über die Bedeutung des Gewerkschaftsfunktionärs im Betriebe. Die Aussichten des mit Unternehmergeld finanzierten Sturms der Nazis auf die Betriebe, können bereits im voraus erkannt werden. Trotzdem muß den Agitationsmethoden der nationalsozialistischen Sendlinge die größte Beachtung geschenkt werden. Die Zersplitterung der Arbeiterbewegung ist schon jetzt groß genug und ein Verbrechen wäre es, sie noch weiter zu vermehren. Die braun-gelben Unternehmersöldlinge haben in den Betrieben nichts zu suchen. Hier muß auch in Zukunft der kühl abwägende Gewerkschaftsfunktionär seine Herrschaft ausüben.

Zahlen des Elends. Die „Wohnungswirtschaft", jene gutinformierte und mit reichlich Material versehene Zeitschrift der Dewog, veröffentlicht in ihrer neuesten Nummer die Ermittlung, die eine Baugenossenschaft bei ihren Mitgliedern angestellt hat. Von 100 Genossenschaftsmitgliedern waren 50 Vollbeschäftigte und Kurzarbeiter, 14 Rentenempfänger, 13 Arbeitslose und andere Unterstützungsempfänger, 23 Wohlfahrtsunterstützte bzw. ohne Einkommen. Das monatliche Einkommen dieser Genossenschafter bewegt sich in folgenden Grenzen:

24,4 v. H. haben ein Einkommen von	0— 50	Mark	monatlich
16,4 v. H. haben ein Einkommen von	51— 75	Mark	monatlich
12,2 v. H. haben ein Einkommen von	76—100	Mark	monatlich
22,0 v. H. haben ein Einkommen von	101—150	Mark	monatlich
16,0 v. H. haben ein Einkommen von	151—200	Mark	monatlich
4,5 v. H. haben ein Einkommen von	201—300	Mark	monatlich
4,5 v. H. haben ein Einkommen von	über 300	Mark	monatlich

Trotzdem die Mieten dieser Baugenossenschaft äußerst niedrig sind, machen sie bei 40 v. H. der Mitglieder bis 40 v. H. des Einkommens aus. Zu diesen Untersuchungen noch lange Worte zu machen, würde die Wirkung des Materials nur abschwächen. Man kann sich denken, daß derartige Baugenossenschaften sich ebenfalls in einer schwierigen Lage befinden.

Werden Nebeneinnahmen besteuert?

Ehrenamtliche Vergütungen sind Arbeitslohn.

Der Reichsfinanzhof in München hat in mehreren Urteilen entschieden, daß Vergütungen, die an ehrenamtlichen oder nebenamtlich tätige Personen gezahlt werden, Arbeitslohn darstellen und daher dem Steuerabzug wie Arbeitslohn unterfallen.

Der Reichsfinanzminister hatte sich aber bisher damit einverstanden erklärt, daß in besonderen Fällen bei Nebeneinkünften, die insgesamt den Betrag von 40 Mark monatlich nicht übersteigen, von der Vornahme des Steuerabzuges wie beim Arbeitslohn abzusehen ist. Maßgebend für diese Anordnung war, abgesehen davon, daß den gringen Nebeneinkünften vielfach bei der Besteuerung vom Einkommen abziehbare Werbungskosten gegenüberstanden,

a) die Erwägung, daß nach der bisherigen Fassung des § 89 Einkommensteuergesetzes (ESTG) mit ihrem Arbeitslohn nicht zur Einkommensteuer zu veranlagende Arbeitnehmer auch von ihrem sonstigen Einkommen keine Einkommensteuer zu entrichten hatten, wenn das sonstige Einkommen den Betrag von 500 Mark jährlich nicht übersteigt. Deshalb wurde in diesem Umfange auch bei dem aus einer Nebenbeschäftigung bezogenen Arbeitslohn auf die Besteuerung verzichtet;

b) das Bestreben, die Gemeindebehörden von der Verpflichtung zu entbinden, in größerem Umfange für Steuerpflichtige lediglich wegen des Bezuges eines geringen Arbeitslohnes aus einer Nebenbeschäftigung Steuerkarten auszuschreiben.

Der Reichsminister der Finanzen hat **nun einen neuen Erlaß** — datiert vom 28. November 1931 — herausgegeben, in dem über die Besteuerung von Nebeneinkünften folgendes zum Ausdruck gebracht wird:

Es seien inzwischen die §§ 89 bis 92 ESTG. durch die Verordnung vom 1. Dezember 1930 wesentlich abgeändert worden. Nach § 90 Abs 1 in der neuen Fassung ist das sonstige Einkommen, zu dem früher sowohl das sonstige Einkommen im Sinne des § 9 als auch der Arbeitslohn gehörte und von dem ein Steuerabzug nicht vorgenommen worden ist, jetzt grundsätzlich und ohne Rücksicht auf die Höhe desselben im Falle der Veranlagung des Steuerpflichtigen zur Einkommensteuer heranzuziehen, wenn nicht das Finanzamt gemäß § 90 Abs. 2 in der neuen Fassung von einer Veranlagung ausnahmsweise absieht.

Demnach sind die oben unter a) bezeichneten Gründe für die Befreiung der Nebeneinkünfte vom Steuerabzug vom Arbeitslohn entfallen; aber auch das unter b) bezeichnete Interesse, um die Ausschreibung von mehreren Steuerkarten einzuschränken, ist nicht mehr vorhanden.

Wörtlich heißt es dann im Erlaß: „Es erscheint ... im Hinblick ... den eintretenden Lohnsteuerausfall bei der finanziellen Notlage des Reiches und angesichts der die Oeffentlichkeit in erheblichem Maße bewegenden Frage der Doppelverdiener nicht mehr vertretbar, die Befreiung der Nebeneinkünfte von der Lohnsteuer weiterhin aufrechtzuerhalten. Sie wird daher mit Wirkung vom 1. Januar 1931 ab aufgehoben. Hierdurch werden die berechtigten Interessen der in Frage kommenden Steuerpflichtigen nicht beeinträchtigt. Höhere Werbungskosten und Sonderleistungen, die den Nebeneinkünften etwa gegenüberstehen, sind unter den Voraussetzungen des § 75 Nr. 2 ESTG. auf Antrag des Steuerpflichtigen an das zuständige Finanzamt durch Erhöhung der zur Abgeltung der Werbungskosten und Sonderleistungen vorgesehenen Pauschbeträge zu berücksichtigen."

Der Erlaß besagt weiter: Beträgt die Entschädigung insgesamt monatlich nicht mehr als 10 Mark, so ist sie als Ersatz der durch die Uebernahme der Tätigkeit notwendig entstehenden Aufwendungen anzusehen. Bei Nebeneinnahmen bis zu insgesamt 10 Mk. monatlich wird steuerlich nichts veranlaßt. Einkünfte aus Nebenbeschäftigung oder ehrenamtlicher Tätigkeit bis zu 10 Mark monatlich werden auch in Zukunft nicht besteuert.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

Versammlungen:

Sonntag, 24. Januar.

In Mainz um 9.30 Uhr im Goldenen Pflug.

Sonntag, 31. Januar.

In **Karlsruhe** (Baden) um 14.30 Uhr im Lokal „Zum Georg-Friedrich", Georg-Friedrich-Straße. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Erscheinen ist Pflicht!

In **Essen** um 10 Uhr im Lokal Fischer. Bücherkontrolle findet in der Versammlung statt.

In **Wunsiedel** um 14 Uhr im Gewerkschaftsheim. Die Mitgliedsbücher zum Abstempeln einliefern.

Sonntag, 14. Februar.

In **Stettin** (Sektion Steinsetzer) bei Sack. Uebliche Zeit. Alles zur Stelle!

*

Achtung, „Steinarbeiter"-Empfänger (soweit die Zustellung durch Postpakete erfolgt)! Die neue Portoregelung ab 15. Januar 1932 sieht für Pakete, die vom Empfänger nicht selbst von der Postanstalt abgeholt werden, eine Zustellgebühr von 15 Pfennig für jedes Paket vor. Diese Zustellgebühr wird jedoch von der Versandstelle in Leipzig mit dem Porto bezahlt, so daß in jedem Falle die Post die Zeitungspakete zustellen muß und kein Empfänger Zustellgebühren zu bezahlen hat.

*

Schwarzenbach a. Saale. Die Firma Morgeneier & Schörner hier am Ort mutet den Steinarbeitern zu, 28 Prozent unter Tarif zu arbeiten. Dort Streik! Kein Kollege werde zum Streikbrecher.

Bremen. Die Unternehmer wollen die jetzige Situation gegen die Steinmetzen besonders für sich ausnutzen und beabsichtigen in jedem Betriebe nach Vereinbarung zu zahlen. Das sich unsere Kollegen darauf nicht einlassen können, ist selbstverständlich. **Es darf deshalb kein fremder Kollege zureisen,** ehe nicht diese Sachlage endgültig geregelt ist.

*

Rostock. Wegen des zusammengeschmolzenen Lokalbestandes wird an durchreisende Verbandsmitglieder statt wie bisher 2 Mark nur noch 1 Mark als Ortsgeschenk geleistet.

Verlorene Mitgliedsausweise: In Tilsit das Verbandsbuch Nr. 4659 für Franz Hübsch, Steinsetzer.

Adressenänderungen

1. Gau: **Bad Freienwalde.** Vors.: Fritz Lutter, Mittelstraße 1. — **Fürstenwalde.** Vors. u. Kass.: Paul Krawczyk, Friesenstraße 9. — **Hammerstein.** Kass.: Paul Clöde, Ratzebuhrer Straße/Siedlung, Mittelstraße. — **Dramburg.** Vors. u. Kass.: F. Dittberner, Strasburger Straße 7.
2. Gau: **Breslau I.** Vors.: Georg Lustig, Weinstraße 38 ptr.; Kass.: O. Gerlach, Blücherstraße 15. — **Guhrau.** Vors.: Wilhelm Martschei, Kreuzweg; Kass.: Wilhelm Dittmann, Reichshaus. — **Schönberg.** Vors.: Max Müller, Mühlweg 3; Kass.: Martin Friebe, Wiedemut 3. — **Sorau.** Kass.: Max Proske, Schönwalde, Kreis Sorau (Niederlausitz), Sorauer Straße 10.
3. Gau: **Tharandt.** Vors. u. Kass.: Johann Graber, Hartha-Hintergersdorf bei Tharandt, Nr. 11.
4. Gau: **Saalfeld.** Vors. u. Kass.: Hans Kühn, Johannisgasse 8. — **Süplingen.** Vors. u. Kass.: Wilhelm Märtens.
5. Gau: **Aachen.** Kass.: Jos. Maßelter, Adalbertsteinweg 165, bei Hammer. — **Rheydt.** Kass.: Jakob Klingen, Dorfbroicherstraße 39.
6. Gau: **Altenglan.** Vors.: Gustav Schäffner, Neue Straße 11.
7. Gau: **Metten.** Vors.: Ludwig Sicker.
9. Gau: **Offenbach.** Vors.: Fridolin Brand, Goethestraße 24, I.
11. Gau: **Loitz.** Vors.: Otto Preuß, Hausmannstraße 2, Quergebäude. — **Tessin.** Kass.: Ewald Höft, Rostocker Straße 83. — **Wilhelmshaven.** Kass.: Max Seifert, Rüstringen, Edenburgstraße 10 ptr.

Neue Bücher und Zeitschriften

Jugend — Kraft — Gesundheit marschieren ins neue Jahr. Unter diesem optimistischen Grundgedanken erscheint **die „Gesundheit"** (Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137), die kostenlos an den Krankenkassenschaltern verteilte Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes, zu Beginn dieses sonst nicht mit Begeisterung empfangenen neuen Jahres. Auch diese Nummer enthält viel des Lesens- und Lernenswerten für alle Alters- und Berufsgruppen: „Erste Hilfe bei Knochenbrüchen", „Die Mandeln", „Der Besuch im Krankenhaus", „Seelische Störungen und Handschrift", „Quecksilberhaltige Zahnfüllungen", „Lehren der Ernährung", „Vom Handtuch", „Gefahren im Haushalt", „Einfache Winke zur Verhütung von Handverletzungen". Die in der Oeffentlichkeit oft gestellte Frage: „Wirtschaften die Krankenkassen schlecht?" wird von einem Fachmann leicht verständlich und eindeutig beantwortet.

„Handwerks-Hochschule". Bereits im Vorjahre haben wir auf die Heftlieferung dieses Werkes für Handwerker und Gewerbetreibende hingewiesen. Nunmehr liegen die Hefte von 17 bis 24 vor; sie rechtfertigen unsere frühere Empfehlung. Angesichts der Belehrungen in diesen Heften sind die Anschaffungskosten von noch nicht einmal 80 Pfennig pro Woche gering. Handwerker oder Gewerbetreibende, die nach diesem Werk arbeiten, werden schon in kürzester Zeit dauernden Nutzen daraus ziehen.

Der Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin W 10, Genthiner Straße 42, verschickt gegen Voreinsendung der Portokosten von 30 Pfennig den ausführlichen Prospekt „Hw. 3" sowie eine interessante und ausführliche Probesendung ganz kostenlos.

„Frauenwelt." Halbmonatsschrift, Ausgabe A Preis 35 Pfg., Ausgabe B (mit Schnittmusterbogen) 45 Pfg. Verlag J. H. W. Dietz, Nachfolger, Berlin SW. 68. Bestellungen bei allen Postanstalten und Buchhandlungen.

„Die Arbeit", Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleiter Lothar Erdmann. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S. 14, Inselstraße 6a. Abonnementspreis vierteljährlich 3,60 Mark, für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mark.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Vierteljahresabonnement 3,60 Mark.

„Die Gemeinde". Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. H. W. Dietz, Nachfolger, Berlin SW. 68. Bezugspreis monatlich 60 Pfg. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

„Der Bücherkreis", Vierteljahreszeitschrift. Redigiert von Karl Schröder, 7. Jahrgang, 1931. Reich illustriert. 64 Seiten. Verlag „Der Bücherkreis", G. m. b. H., Berlin SW. 61. Preis 90 Pfg.

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

Striegau. Am 10. Januar der Brecher Wilhelm Polte, 71 Jahre alt, Herzschlag.

Hamburg. Am 10. Januar der Rammer Friedrich Jukszat, 76 Jahre alt, Herzschwäche.

Berlin. Am 11. Januar der Rammer Herm. Müller, 73 Jahre alt, 4 Jahre herzkrank. — Am 13. Januar der Hilfsarbeiter Albert Straach, 68 Jahre alt, 3 Wochen krank, Herzschwäche.

Pasewalk. Am 12. Januar der Steinsetzer Karl Bohm, 74 Jahre alt, 1½ Jahr krank, Magenkrebs.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold. Verlag Ernst Winckler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene im Jahre 1930-31

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene, der neben anderen Gewerkschaften auch der Steinarbeiterverband korporativ angehört, gab in diesen Tagen einen vorläufigen Bericht über die Tätigkeit im verflossenen Geschäftsjahr heraus. Welchen Umfang die zur Erledigung stehenden Aufgaben hatten, geht schon daraus hervor, daß 8 Vorstandsausschüsse und 32 Unterausschüsse und Kommissionen mit zusammen 248 Personen sich in die Aufgaben teilten. Die Gesellschaft war auch auf zahlreichen Tagungen vertreten, die von der Arbeiterschaft veranstaltet wurden oder ihnen besonders nahe standen, z. B. Eröffnung der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1931, 10-Jahres-Feier der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M., Tagungen des Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung, 10. Bundestag des Arbeiter-Samariter-Bundes, Bauarbeiter-Schutzkongreß, Bundestagung des ADGB in Frankfurt a. M. Auch mit den ausländischen Mitgliedern in Oesterreich, Schweiz, Tschechoslowakei, Holland, Norwegen, Ungarn, England, Spanien, Frankreich, Polen, Japan und Rußland wurde ständig ein reger Meinungsaustausch gepflegt.

Zahlreich sind die Veröffentlichungen wichtiger Arbeiten, Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen, Vorschläge aus der Praxis, die durch das „Zentralblatt für Gewerbehygiene und Unfallverhütung" erfolgten, darunter die für die Steinarbeiter besonders bedeutsame Arbeit von Dr. Flatzeck-Hofbauer, Erfurt (früher Selb i. Bayern), über „Schwere Staublungenerkrankungen in Berufen, die durch die 2. Verordnung vom 11. Februar 1929 noch nicht erfaßt sind". Arbeiten größeren Umfanges erschienen in Sonderheften, so Heft 39 der „Schriften aus dem Gesamtgebiet der Gewerbehygiene", Jötten: „Gewerbestaub und Lungentuberkulose". In Vorbereitung ist u. a. Heft 41, Wittgen: „Die Staubbeseitigung und Geräuschbekämpfung in Schotterbetrieben".

Die allgemeinen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse führten zur Aufschiebung der für September 1931 vorgesehenen Jahreshauptversammlung, deren Hauptthema „Die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerbehygiene" sein sollte. Ein allgemeiner Vortragskurs über neuere wichtige Fragen der Gewerbehygiene, an dem auch einige Verbandsfunktionäre teilnahmen, wurde vom 1. bis 4. Juli in Bonn veranstaltet. Aus der Vortragsreihe dieser Veranstaltung seien nur folgende Themen nebst Referenten erwähnt: „Mensch und Arbeit", Ministerialrat Prof. Dr. Koelsch, München. „Neuere Aufgaben und Methoden auf dem Gebiete der gewerblichen Unfallverhütung", Gewerbeassessor a. D. Dr. Didier, Essen. „Die gewerbehygienische Bedeutung des Staubes, gewerbliche Stauberkrankungen", Prof. Dr. Selter, Bonn. „Neuzeitliche Methoden der Staubbeseitigung und Staubbekämpfung", Reg.- u. Gewerberat Wittgen, Koblenz. „Gesundheitlicher Arbeiterschutz im Rahmen betrieblicher Sozialpolitik", Gewerbeassessor a. D. Dr. von Bonin, Berlin. „Gewerbehygiene und Arbeitnehmer", Dr. Meyer-Brodnitz, ADGB, Berlin.

In einer wissenschaftlichen Sitzung behandelte der Aerztliche Ausschuß auch „Einige Fälle von Staublungenerkrankungen, die nach der Verordnung vom 11. Februar 1929 nicht den Schutz der Unfallversicherung genießen", Referent Dr. Meyer-Brodnitz, Berlin.

Unter den vielen technischen Problemen, mit denen sich die Gesellschaft beschäftigte, erwähnen wir besonders die „Gesundheitlichen Schädigungen bei der Verwendung von Preßluftwerkzeugen". Die hierfür eingesetzte Kommission wird geleitet durch Min.-Rat Dr. Ing. Kremer vom Preuß. Ministerium für Handel und Industrie. Als Sachbearbeiter fungieren Gewerberat Kachel, Berlin, und Dipl.-Ing. Steinmetz, Düsseldorf. An den Arbeiten dieser Kommission einschl. Betriebsbesichtigungen ist neben anderen interessierten Verbänden auch unser Verband beteiligt. Die Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Wie vielseitig das technische Arbeitsgebiet ist, geht aus der Nennung der außerdem behandelten Fragen hervor:

„Die Verhütung von Staubexplosionen."

„Die Verhütung von Gesundheitsschädigungen durch Anklopfmaschinen in der Schuhindustrie."

„Die Unfall- und Gesundheitsgefahren in der Steinkohlenteerdestillation."

„Die Beize-, Lackier- und Polierverfahren für Holz und ihre Gesundheitsgefahren."

„Die Gefahren der Kraftwagentreibstoffe für die Führer und die Allgemeinheit."

„Schutzmaßnahmen beim Reinigen und Ausbessern von Behältern in denen Mineralöle insbesondere Benzin und Benzol, vorhanden waren."

„Technische Maßnahmen zur Vermeidung des Schiffchenküssens in der Textilindustrie."

„Fingerlähmungen der Schleifer."

„Hautschädigungen durch Druckfarben."

„Ent- und Belüftung des Normalarbeitsraumes."

„Ent- und Belüftung in Glashütten."

„Ent- und Belüftung in Setzmaschinensälen."

„Staubbeseitigung und Geräuschbekämpfung in Schotterwerken."

„Gesundheitliche Schädigungen in gewerblichen Küchen."

„Beseitigung der Dämpfe von Schwefelkohlenstoff und Chlorschwefel beim Vulkanisieren von Gummi."

„Verwendung bleihaltiger Glasuen."

„Luftverunreinigung."

„Erkrankungen durch Reinigungsmittel in der Textilindustrie."

„Gesundheitsschädigungen durch Imprägniermittel."

Damit ist der Tätigkeitsbericht der Gesellschaft noch keineswegs abgeschlossen. Der Bericht gibt noch Aufschluß über das Wirken auf dem Gebiete der Arbeitspsychologie und der Arbeitsphysiologie, der Hygiene im Büro und in kaufmännischen Betrieben und der allgemeinen gewerbehygienischen Volksbelehrung. Schließlich wurde auch die Bibliothek und die Auskunftstelle der Gesellschaft vom Inland wie vom Ausland stark in Anspruch genommen.

Abschließend glauben wir feststellen zu können, daß die Gesellschaft für Gewerbehygiene auch im vergangenen Jahre das Streben der Arbeiterschaft nach erhöhtem Gesundheitsschutz wesentlich gefördert hat

E. W.

Die Natursteine im deutschen Güterverkehr 1930

Da es über die alljährliche Gewinnung und Bearbeitung von natürlichen Gesteinen keine zahlenmäßigen Nachweisungen gibt wie über den Ausfall der Getreideernten, über die Förderung von Kohlen und anderen Mineralien, über die Erzeugung von Stahl und Eisen usw., würden wir über die Höhe der in den Verkehr und den Verbrauch übergehenden Natursteinmassen nur unklare Vorstellungen haben, wenn uns nicht die Güterverkehrsstatistik einigen Aufschluß böte. In dem Steigen und Fallen des Umlaufs der Güter spiegelt sich in der Regel das Wachsen und Sinken der Gewinnung oder Herstellung der Güter wieder, und aus den Veränderungen der Stärke des Umlaufes gewisser Güter lassen sich unschwer Rückschläge auf die Lage der betreffenden Industrien ziehen. Das ist auch bei der Natursteinindustrie der Fall. Deshalb verdienen die Statistiken über den Versand auf Eisenbahnen und Wasserstraßen, die alljährlich einmal, allerdings meistens mit recht großer Verspätung herauskommen, mehr Beachtung, als ihnen gewöhnlich zuteil wird. Es ist zwar nur ein Teil des Güterversandes, der auf Eisenbahnen und Wasserstraßen geleistet wird, aber gerade der volkswirtschaftlich bedeutsamere Massenverkehr. Was auf Landstraßen mittels Kraftwagen, Fuhrwerken usw. an Steinen befördert wird, ist gewiß keine kleine Menge, besteht aber doch ganz überwiegend in Orts- und Nahverkehr, der für die Natursteinindustrie bei weitem nicht die Wichtigkeit besitzt wie der Versand auf einen weiteren Umkreis. Es dürfte sich daher lohnen, die jetzt vorliegenden Zahlen der Güterverkehrsstatistik für das Jahr 1930 etwas näher zu betrachten und sie mit solchen aus dem vorhergehenden Jahre zu vergleichen.

Es wurden an Natursteinen, d. h. rohen und behauenen Steinblöcken, Pflastersteinen, Steinschotter, Werksteinen, Steinplatten, Schiefer in 1000 Tonnen zu je 1000 Kilogramm befördert in den Jahren:

	auf Eisenbahnen	auf Wasserstraßen	Zusammen
1925	28 142	1 419	29 561
1926	34 142	1 501	35 643
1927	43 647	1 730	45 377
1928	41 129	1 739	42 868
1929	39 633	1 597	41 230
1930	32 728	?	?

Die Zahlen des Wasserstraßenversandes liegen für 1930 noch nicht vor. Da aber, anders als bei Steinkohlen, Getreide usw., bei den Natursteinen der Anteil der Wasserstraßen am Gesamtversand in allen den letzten Jahren ziemlich klein war und 1929 z. B. nur 4 Prozent ausmachte, entsteht aus dem Fehlen dieser Zahl für die folgende Betrachtung keine wesentliche Lücke, wenn nur der Eisenbahnversand ins Auge gefaßt wird. Es zeigt sich nun, daß sich der Steinversand, der bis 1927 gestiegen war, seitdem im Fallen befindet. Besonders groß war der Rückgang von 1929 auf 1930, er betrug nicht weniger als 7 905 Millionen Tonnen oder fast genau ein Fünftel. Hinter dem von 1927 blieb der Versand um ein Viertel zurück. Wahrscheinlich wird sich diese Entwicklung im Jahre 1931 in noch stärkerem Maße fortgesetzt haben, aber auch die Zahlen von 1930 kennzeichnen schon zu Genüge die Einbußen, die die Natursteinindustrie auf ihrem Betätigungsbereich erlitten hat. Von den 33 409 Millionen Tonnen Natursteinversand des Jahres 1930 entfielen 32 728 Millionen auf den Versand innerhalb des Reiches, 487 000 auf den Versand ins Ausland, 165 000 auf den Empfang von dort und 29 000 auf die Durchfuhr durch Deutschland.

Natürliche Steine

Verkehrsbezirk	Verkehr im Bezirk Tonnen	Versand Tonnen	Empfang Tonnen
1. Ostpreußen (ohne 2)	278 538	17 231	217 424
2. Häfen Königsberg, Pillau, Elbing	708	3 298	31 624
3. Pommern (ohne 4)	103 506	60 769	337 713
4. Pommersche Häfen	1 514	7 414	105 223
5. Mecklenburg (ohne 6)	147 913	7 467	161 965
6. Häfen Rostock bis Flensburg	1 150	37 336	72 317
7. Schleswig-Holstein (ohne 6 u. 8)	66 885	10 394	439 271
8. Elbhäfen	56 105	152 933	359 055
9. Weserhäfen	1 758	640	88 853
10. Emshäfen	425	678	20 875
11a. Reg.-Bez. Lüneburg, Stade, Osnabrück, Aurich, dazu Oldenburg	340 259	247 012	733 276
11b. Reg.-Bez. Hannover und Hildesheim, dazu Braunschweig	806 576	1 388 286	607 343
12. Grenzmark Posen-Westpreußen	29 407	5 978	134 007
13. Oberschlesien	455 364	17 803	278 664
14. Stadt Breslau	1 198	3 068	144 551
15. Niederschlesien (ohne 14)	1 514 110	1 709 157	46 419
16. Stadt Berlin	38 436	17 467	564 468
17. Brandenburg (ohne 16)	115 466	97 704	1 152 056
18. Reg.-Bez. Magdeburg mit Anhalt	331 093	194 241	443 162
19a. Reg.-Bez. Merseburg und Erfurt	143 761	160 489	1 328 306
19b. Thüringen	587 124	432 667	315 525
20. Sachsen (ohne 20a)	1 292 827	2 211 627	214 180
20a. Leipzig und Umg.	2 541	1 460	207 513
21. Hessen-Nassau mit Oberhessen (ohne 21a)	1 189 056	3 980 759	138 862
21a. Frankfurt a. M. und Umg.	3 673	3 392	185 415
22. Ruhrgebiet in Westfalen	801 871	307 865	843 586
23. Ruhrgebiet in der Rheinprovinz	900 602	863 928	628 483
24. Westfalen (ohne 22)	587 548	425 417	1 139 019
25. Rheinprovinz rechts des Rheins (ohne 23)	431 715	1 213 365	337 601
26. Rheinprovinz links des Rheins (ohne 26a)	1 075 321	348 358	1 139 797
26a. Stadt Köln	3 190	6 014	271 896
28. Duisburg-Ruhrort	719	10 989	502 545
31. Bayr. Pfalz (ohne Ludwigshafen)	532 134	349 129	14 197
32. Hessen (ohne Oberhessen)	200 325	256 826	380 916
33. Baden (ohne Mannheim)	901 286	420 867	123 449
34. Mannheim-Ludwigshafen	5 243	3 224	299 130
35. Württemberg	883 223	92 282	954 267
36. Südbayern (ohne 36a)	885 897	325 535	646 648
36a. Stadt München	3 272	5 713	121 506
37. Nordbayern	1 922 226	724 852	392 580

Wie in früheren Jahren waren auch 1930 wieder am Natursteinverkehr am stärksten beteiligt Hessen-Nassau mit Oberhessen, das Land Sachsen, Niederschlesien, in zweiter Linie Südhannover mit Braunschweig, die rechtsrheinische Rheinprovinz außerhalb des Ruhrgebietes, das rheinische Ruhrgebiet selbst und Nordbayern. Aus jeden dieser sieben von den 40 Verkehrsbezirken des Deutschen Reichs, in die dieses in der Eisenbahngüterverkehrsstatistik zerlegt ist, gingen über eine halbe Million Tonnen Steine nach anderen Verkehrsbezirken ab. Außerdem wurden in Nordbayern, Niederschlesien, Sachsen, Hessen-Nassau und in der Rheinprovinz links des Rheins über eine Million Tonnen innerhalb des Bezirkes selbst verschickt. Ueber eine Million Tonnen Empfang aus anderen Verkehrsbezirken hatten dagegen aufzuweisen Reg.-Bez. Merseburg und Erfurt, Brandenburg, die Rheinprovinz links des Rheins und Westfalen. Manche Bezirke haben gleichzeitig großen Versand und Empfang, so Thüringen und Nordbayern. Rechnet man den Versand gegen den Empfang auf, dann erscheinen 1930 als die bedeutendsten Ueberschußgebiete Hessen-Nassau mit Oberhessen, Sachsen und Niederschlesien, als die wichtigsten Bedarfsgebiete aber Reg.-Bezirk Merseburg und Erfurt, Brandenburg und Württemberg. Der Ausgang des Natursteinversandes ist in erste Linie der breite Streifen Mittelgebiege, der sich quer durch Deutschland von der belgischen bis zur polnischen Grenze zieht und dementsprechend verläuft auch der Versand hauptsächlich von der Mitte des Reichs nach Norden und Süden.

In allen den oben genannten Hauptversandbezirken hat außer in Südhannover der Versand gegenüber 1929 erheblich abgenommen, am meisten, um 1 333 Millionen Tonnen, in Hessen-Nassau mit Oberhessen, am wenigsten, um 83 000 Tonnen, in Nordbayern. Südhannover mit Braunschweig aber hat eine Zunahme um 314 000 Tonnen zu verzeichnen. Aehnlich lagen die Verhältnisse bei dem Empfang, er nahm überall, am meisten, um 422 000 Tonnen, in Brandenburg ab, nur im Reg.-Bezirk Merseburg und Erfurt wuchs er um 329 000 Tonnen. Auch die Versendungen innerhalb der Verkehrsbezirke selbst waren überall geringer, aber bei weitem nicht um soviel wie beim Versand nach anderen Bezirken.

Um zu kennzeichnen, welche Gebiete 1930 einander hauptsächlich mit Steinen versorgten, seien im folgenden einige Einzelheiten aus dem Zahlenwerk der Güterverkehrsstatistik mitgeteilt. Es gingen aus Hessen-Nassau mit Oberhessen von den 3 980 759 To. (1929: 5 313 601) Versand als größte Mengen (in 1000 Tonnen) 496 nach Westfalen, 386 nach der linksrheinischen Rheinprovinz, 379 nach Südhannover, 336 nach Württemberg, 309 nach dem westfälischen Ruhrgebiet, 287 nach der rechtsrheinischen Rheinprovinz, 281 nach Reg.-Bezirk Merseburg und Erfurt, 188 nach Nordhannover, 181 nach den Elbhäfen Hamburg usw., 171 nach dem rheinischen Ruhrgebiet, 150 nach Nordbayern, aus Sachsen von den 2 211 627 To. (1929: 2 660 857) Versand 540 nach Brandenburg, 354 nach Reg.-Bezirk Merseburg und Erfurt, 235 nach Berlin, 197 nach Reg.-Bezirk Magdeburg mit Anhalt, 188 nach Leipzig, 111 nach Pommern, 100 nach Nordhannover, aus Niederschlesien von den 1 709 157 Tonnen (1929: 2 309 425) Versand 470 nach Brandenburg, 268 nach Oberschlesien, 221 nach Berlin, 173 nach Ostpreußen, 142 nach Breslau, 139 nach Pommern, 103 nach der Grenzmark Posen-Westpreußen, aus Südhannover (Reg.-Bezirk Hannover und Hildesheim, dazu Braunschweig) von den 1 388 286 Tonnen (1929: 1 074 682) Versand 474 nach Reg.-Bezirk Merseburg und Erfurt, 275 nach Nordhannover, 181 nach Westfalen, 167 nach Reg.-Bezirk Magdeburg mit Anhalt, 116 nach Schleswig-Holstein, aus der Rheinprovinz rechts des Rheins von den 1 213 365 Tonnen (1929: 1 609 224) Versand 435 nach der linksrheinischen Rheinprovinz, 225 nach Westfalen, 221 nach dem westfälischen Ruhrgebiet, 197 nach dem rheinischen Ruhrgebiet, aus dem Ruhrgebiet in der Rheinprovinz von den 863 928 Tonnen (1929: 1 111 657) Versand 398 nach dem Binnenhafen Duisburg-Ruhrort, 247 nach der linksrheinischen Rheinprovinz, 132 nach dem westfälischen Ruhrgebiet, aus Nordbayern von den 724 852 Tonnen (1929: 807 720) Versand 516 nach Südbayern, 62 nach Thüringen.

Diese Einzelheiten genügen, um zu zeigen, welche Richtungen der Natursteinversand 1930 einschlug. Für den Osten Deutschlands sind die Hauptversorger Sachsen und Niederschlesien, für den Westen Hessen-Nassau mit Oberhessen und Teilen der Rheinprovinz und Hannovers. Aus Nordbayern gehen die meisten Steine nach Südbayern, während Württemberg von Hessen-Nassau, Baden und der Pfalz her beliefert wird.

Von den 487 000 Tonnen Versand ins Ausland gelangten 197 000 in die Niederlande, 131 000 Tonnen ins Saargebiet, 54 000 Tonnen nach der Tschechoslowakei usw. und von den 165 000 Tonnen Empfang kamen u. a. 39 000 Tonnen aus Oesterreich, 36 000 Tonnen aus der Schweiz. Der Versand nach den Niederlanden ging hauptsächlich von rheinischen und hessischen Verkehrsbezirken, der nach dem Saargebiet von der Pfalz aus.

Von dem gesamten Güterverkehr Deutschlands machte der Natursteinversand 8,8 Prozent aus. Er stand damit an dritter Stelle gleich hinter den Steinkohlen und Braunkohlen, auf die 26,1 und 12,9 Prozent des Gesamtverkehrs entfielen.

Der Versand von Waren aus natürlichem Steine wie Mühlsteinen, Lithographiesteinen, Marmorwaren, Schleif- und Wetzsteinen, der von 1925 bis 1929 von 348 000 Tonnen auf 169 000 To. gesunken war, ist 1930 noch weiter, auf 145 000 Tonnen, heruntergegangen. Mit über einem Viertel war an diesem Versand die rechtsrheinische Rheinprovinz beteiligt, in zweiter Linie Nordbayern.

—dt.

Über die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Die große in den Gewerkschaften verkörperte Massenbewegung der deutschen Arbeiter und Angestellten ist in Richtungen zerspalten. Vornehmlich sind es drei Heerhaufen, die nebeneinander marschieren und trotz des Getrenntseins viele einheitliche Wesenszüge haben. Die stärkste Gruppe der deutschen Gewerkschaften schart sich um den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und den AfA-Bund, wozu noch der Allgemeine Deutsche Beamtenbund tritt. Die zweite geschlossene Gruppe wird gebildet von den Hirsch-Dunkerschen Gewerksvereinen und den über den Gewerkschaftsring angeschlossenen Angestelltenverbänden. Der dritte Heerbann umschließt die christlichen Gewerkschaften mit den ihnen nahestehenden Angestellten- und Beamtenverbänden. Zwischen den Gewerkschaften der verschiedensten Richtungen hat es seit ihrem Bestehen Meinungsverschiedenheiten und teilweise nicht unbedeutende Kämpfe gegeben. Durch die Errichtung des demokratischen Volksstaates ist auch die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsverbände eine andere geworden. Sie waren teilweise aus politischen und aus wirtschaftlichen Gründen und vor allem auf der Basis des Tarifwesens und der Sozialgesetzgebung gezwungen, gemeinsame Arbeit zu leisten. Die gegenwärtige Krise tat ein übriges, um die Gegensätze zwischen den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu mildern. Die gemeinsamen Willenskundgebungen der Gewerkschaften der letzten Zeit sind dafür der beste Beweis.

Zwischen der Metallarbeiter-Zeitung und dem Regulator, der Zeitung des Gewerkvereins der Metallarbeiter (H.-D.), ist eine Aussprache über die Möglichkeit einer Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung geführt worden. Diese Aussprache hat den Vorsitzenden des ADGB, Kollege Leipart, veranlaßt, um zu der Frage der Gewerkschaftseinheit in der Gewerkschaftszeitung Nr. 49 Stellung zu nehmen. Kollege Leipart knüpft an die drei Fragen an, die der Regulator, dessen Redakteur der bekannte Wirtschaftspolitiker Anton Erkelenz ist, gestellt hat. Die erste dieser Fragen erörtert die Zugehörigkeit der Gewerkschaftsmitglieder zu den politischen Parteien und betont das Recht zur Meinungsfreiheit in politischen Angelegenheiten. Kollege Leipart stellt die Unabhängigkeit der heutigen Gewerkschaft von den politischen Parteien fest. „Je weiter sich die Gewerkschaften entwickelten, je weiter ihre Orientierung über sich selbst, über ihre Eigenart und ihre Aufgabe fortschritt, je reiner sie ihren Zweck herausbildeten, je vollkommener sie ihn erfüllten und ihre Methoden ihrer Wesensart gemäß und ganz aus eigenem Vermögen gestalteten — um so näher kamen sie dem Augenblick, in dem sie die Umklammerung durch parteipolitische Einflüsse abstreifen und ihr Recht auf volle Unabhängigkeit von allen politischen Parteien durchsetzen konnten." Das Recht der Meinungsfreiheit in politischen Dingen innerhalb der Gewerkschaften kenne keine Einschränkung mehr. Deshalb sieht Leipart in der politischen Meinungsverschiedenheit, sofern sie sich positiv zum demokratischen Staat verhält, keinen Grund mehr zur Trennung.

Die zweite Frage des Regulator gilt der religiösen Glaubensfreiheit. Kollege Leipart antwortet hierauf, daß die religiöse Glaubensfreiheit jedes Mitgliedes gegen jeden Zweifel sichergestellt sein muß. Es bestände kein Grund, „innerhalb der Gewerkschaften zwischen uns und den andern Arbeitskollegen wegen ihres Glaubens einen Trennungsstrich zu ziehen." Wenn jedoch die Kirche ihre Auffassung über Fragen kundtue, die das Interesse der Arbeiterschaft berühren und einseitig Partei ergreife, so müsse sie als Partei gewertet werden. Sehr zutreffend betont Kollege Leipart, daß Religion und Parteiwesen im gewerkschaftlichen Leben darum eine gewisse Rolle spielen, „weil sie infolge der Konkurrenz der Richtungen bei der Agitation als Argumente gegeneinander ins Feld geführt wurden."

Schließlich wird in der dritten Frage des Organs des Gewerkvereins der Metallarbeiter die Notwendigkeit vertreten, daß ein entschiedener Kampf für eine Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter, für gesteigerte Anteilnahme an den Gütern der Kultur und Zivilisation geführt wird. Die Gewerkschaft müsse dem Staate, der Nation, der Republik und der Demokratie dienen. Die Antwort Leiparts hier ist, wie es nicht anders sein konnte, durchaus zustimmend. „Durch die Errichtung des kollektiven Arbeitsrechtes verliehen die Gewerkschaften dem sozialen Inhalt der neuen Rechtsordnung einen der Idee der Gewerkschaftsbewegung gemäßen Wesenszug — und vor den Schranken des Arbeitsrechts unserer Tage sind wiederum alle Gewerkschaften gleich. Die Stellung der Gewerkschaften zum gegenwärtigen Staat ist durchaus positiv." Durch einen Zusammenschluß der Gewerkschaften würde auf das deutsche Parteiwesen sehr bedeutend eingewirkt werden. Ja, es würde sich ergeben, „daß eine Vereinigung der Gewerkschaften völlig neue Perspektiven für die Befestigung des republikanischen Staatswesens durch die Bildung eines umfassenden gesellschaftlichen und politischen Machtblocks darböte."

Leipart kommt gleich der Metallarbeiterzeitung zu dem Schluß, daß das Gemeinsame das Trennende überwiegt.

In einer Welt, in der alles schwankt, bedarf es eines festen Punktes, auf den man sich stützen kann. Dieser Punkt ist der häusliche Herd, der Herd ist aber kein fester Stein, wie die Leute sagen, sondern ein Herz, und zwar das Herz einer Frau.

Unterhaltungsbrocken

Seid Glühwein oder brunnenkühles Wasser, nur nicht abgestandenes Naß, das jeden anekelt; seid keine Philister

Der Schneeball und das böse Wort.
Sie wachsen, wie sie rollen fort.
Eine Handvoll wirf zum Tor heraus,
Ein Berg wird's vor des Nachbars Haus.

Gedanken beim Trödler

Ich hab' im Trödlerladen gesucht
Nach ganz besondrer Lektüre.
Ich sah indes über Pferdezucht
Eine abbildungsreiche Broschüre,
Und weil, was ich suchte, ich nicht fand,
Nahm ich das Pferdebuch zur Hand
Und begann darin zu studieren.

Ich las darin von Paarungsgesetzen,
Von Zuchtwahl und guter Familie.
Ich begann, die Pferde gleich Menschen zu schätzen
— eine Stute hieß „von" und Ottilie —.
Dann rissen sich meine Gedanken weg
Vom hochedlen Gaul und der Stute,

Ich dacht' an die Menschen in Not und Dreck,
und zu sieben in einer Bude.
Die Mutter, gewölbten Leibes, denkt,
Wie soll das nur noch werden,
Indes sich die Kinder ein Bild besehn
mit preisgekrönten Pferden . . .

W. Liebers.

Der Gummikragen

Ein Brausen fuhr auf, ein Brummen folgte, und schon flammte der Konverter auf. Strahlende Helligkeit brach in den fernsten Winkel der großen Halle ei n. Sternenregen schoß gegen das Dach. 12 Minuten dauerte das gewaltige Feuerwerk, doch kaum einer von denen, die in dieser Halle schafften, blickte auf. Die gewohnte Helle tat den Augen nicht mehr weh. Gleichmäßig klopften die Pfannenmaurer an den Pfannen herum, die sie auszubessern hatten. Jean schlug gerade ein Gießloch durch, das sich mit Schlackenresten zugesetzt hatte.

In den Schweißtropfen, die überall auf der Haut der Arbeiter aufglänzten, spiegelten sich die hellen Flammengarben des brausenden Konverters wie in den Perlen eines Diamantkolliers, ohne daß allerdings jemand dagewesen wäre, der an diesem Spiel der Funken und Flammen, an diesem Gegleiß und Geflimmere sich erfreut hätte.

Plötzlich hörte das Brausen auf. Die Flamme kroch in den Konverter zurück. Die Decke des Raumes, an der vordem die Schatten der Deckenkonstruktion gespenstisch hin und her gingen, wurde dunkel, das Leuchten der Schweißtropfen auf den Körpern der Schaffenden wurde stumpf. Der Raum fiel in sein Halbdunkel zurück.

Langsam drehte sich der Konverter. Nun war sein rotglühender Schlund auch von unten her zu sehen. Zwei Männer waren dabei, ihm eine kleine Pfanne flüssigen Mangans in das Riesenmaul zu gießen, während nebenan als Einleitung jenes Prozesses, der Eisen in Stahl verwandelt, eine Ladung Kalk in den Rachen eines frisch gefüllten Konverters gekippt wurde.

Eine kleine Drehung noch und schon schoß das Stahl gewordene Eisengemisch in hellem Strahl in die bereitstehende Pfanne des feurigen Elias. Funken spritzten auf. Arbeiter standen auf der Konverterbühne und schoben mit langen Eisenstangen die Schlackenreste, die auf der Oberfläche des flüssigen Materials schwammen, fort. Immer wieder mußten sie die glühend gewordenen Stangen, die ihre Form verloren, in bereitstehenden Eimern abkühlen und durch einige Schläge mit einem Hammer neu zurechtbiegen. Sie selbst waren vor der intensiven Glut des Feuers nicht geschützt. Ihre von der ständigen Arbeit am Feuer gedunsene Haut war empfindungslos geworden gegen die Hitze, die die Sackschürzen, die sie trugen, in kurzer Zeit in Zunder verwandelte, der bei der leisesten Berührung zerfiel.

Eine Glocke tönte. Der feurige Elias, der Gießwagen des Thomaswerkes, durchfuhr den Raum. Ueber den Gießgruben blieb er stehen und während er seinen Inhalt in die Kukillen entleerte, die, je acht und acht zu einem „Gespann" vereinigt, bereitstanden, um das flüssige Material, das in ihnen zu festen Blöcken erstarren sollte, aufzunehmen, wurde zehn Meter weiter ein neuer Konverter angeblasen.

Jean kletterte aus seiner Pfanne heraus. Einen Augenblick lang sah er auf den Mann, der mit einem Schöpflöffel eine kleine Probe aus der Pfanne entnahm, sie ausgoß und dann gleichmütig darauf wartete, daß sie kalt wurde. Vor dem Auge Jeans stand jene Schreckensszene, die sich genau vor einem Jahr hier abgespielt. Damals hatte die gleiche Glut, die jetzt so ruhig in die Kukillen sich ergoß, ihr Gefängnis gesprengt. Krachend und heulend war sie auf die drei oder vier Mann, die herumstanden, zugesprungen, hatte nach ihnen geschlagen, sie an den Gliedern verbrannt, sie aufgejagt und zum Schreien gebracht.

Er hatte wie jetzt in einer Pfanne gestanden und, selbstt geschützt vor dem Zugriff der rasenden Glut, gesehen, wie der Maschinist des Gießwagens, der von einer Lache flüssigen Stahls getroffen wurde, plötzlich zu schreien begann und, ehe ihm einer zu Hilfe kommen konnte, in aufkommendem Wahnsinn von seinem Platz herunter und mitten hinein in die glühende Flut sprang. Vor seinen Augen war der Körper des Maschinisten verkohlt.

Ehe jedoch einer der Umstehenden Zeit gehabt, nachzudenken darüber, was hier zu tun war, um zu helfen, stand plötzlich der damalige Meister der Werkstatt, der dem Gusse beigewohnt, in hellen Flammen. Ein kleiner Spritzer des flüssigen Glutgemischs hatte ihn getroffen. Das wäre nicht so schlimm gewesen, aber er hatte ihn getroffen an der empfindlichsten Stelle. Er hatte ihn getroffen an seinem Gummikragen, der denn auch sogleich in Flammen aufging. Die brennende Zelluloidmasse klebte sofort am Hälse fest und war nicht zu entfernen, ehe nicht der letzte Rest des Kragens von den Flammen verzehrt war. Mit schweren Verletzungen schaffte man den Meister mit den übrigen Opfern der Katastrophe ins Krankenhaus, wo er noch vierundzwanzig Stunden litt und dann, nachdem er die letzte Oelung empfangen, wohlversehen mit dem Trost der Kirche starb.

Damals hatten einige leichtfertige Menschen behauptet, der Meister sei nicht so sehr ein Opfer seines Berufs, als ein Opfer seiner Eitelkeit geworden, die ihn veranlaßt, einen Gummikragen um seinen Hals zu legen, der vorher, als der Meister noch kein Meister gewesen, solchen Gefahren nicht ausgesetzt wurde. Aber das war eine jener Behauptungen, wie sie jene respektlosen Autoritätsverneiner wohl erfinden mochten, um einer chaotischen Zukunft den Weg zu bahnen. Solche Menschen haben kein Gefühl dafür, daß der Gummikragen des Meisters nicht ein einfacher Gummikragen, sondern das sichtbar gewordene Symbol für den Aufstieg der Begabten ist. Wer einen Gummikragen trägt, bekundet damit, daß er noch nicht so weit emporgestiegen ist, daß er sich jeden Tag einen reinen Leinenkragen leisten könnte, aber daß er doch schon ein weites Stück von denen entfernt ist, die mit bloßer Brust oder gesticktem Vorhemd ihre Arbeit tun.

Erst der Gummikragen macht einen Meister zum Meister, wie die Tressen den Unteroffizier machen, da gab es keinen Zweifel. Ohne den Gummikragen hätte man den Meister vielleicht für einen Arbeiter halten können und wäre es nicht eine größere Katastrophe gewesen, wenn einer, der ihn nicht kennt, oder doch so tut, als kenne er ihn nicht, ihn plötzlich angesprochen hätte: He, Karl, helf mir doch mal eben anfassen. Zieh da mal die Brechstange raus. So, danke schön. Ein andermal helf ich dir mal wieder.

Solche Zwischenfälle gilt es zu vermeiden, weil sie die Autorität untergraben und weil sie sich ohne den Gummikragen nicht vermeiden lassen, darum war es recht, daß die Werksleitung in dem großen Inserat, das sie nachher den Zeitungen gab, damit die ihren Reportern nicht zu ausführliche Schilderungen über den Unglücksfall abnahmen, den Meister nicht wie die andern Verunglückten ein Opfer seines Berufs, sondern ein Opfer seiner Berufsehre nennen ließ.

Das war in Ordnung. Immerhin, der neue Meister hatte es vorgezogen, statt des Gummikragens lieber eins jener Leinenchemisetts zu tragen, bei denen Kragen, Vorhemd und Schlips zu einem Stück zusammengenäht sind, das hinten durch einen Haken geschlossen wird. Aber die Zeit war nicht ferne, wo auch er den Eindruck jenes Unglücks vergessen und zum Gummikragen zurückkehren wird.

Alles dies ging Jean durch den Kopf, als er jetzt auf seiner kleinen Leiter stand, die an die Pfanne gelehnt war und den flüssigen Stahl in gleichmäßigem Strahl in die Kukillen laufen sah. So einfach war der Vorgang, so uninteressant und so fern die Gefahr, die ihn, wie alle Männer hier täglich umgab.

Wenn er an Gefahr dachte, dann nur, weil seine Gedanken bei seiner Frau waren, die eben jetzt ihrer schweren Stunde entgegensah. Sie schwebte in Gefahr. Dies hier war Alltag. Die Schreckensszene mit der gesprungenen Pfanne und dem Gummikragen war eine Episode, an die man sich erinnerte ohne Furcht, ohne Dankbarkeit für das Schicksal, das den einen verschont, um den andern zu treffen. So war er. So waren sie hier alle. Eine kleine Unregelmäßigkeit in der Haut eines Kindes, ein ungewohntes Mattsein bei ihren Frauen, ließ sie das Schlimmste fürchten, weil ihnen die medizinischen Kenntnisse fehlten, um das Unwichtige als unwichtig zu erkennen, sie selbst fürchteten das Feuer nicht und nicht den Tod, der darin saß und bald hier, bald dort nach einem von ihnen seine Fänge schlug.

(Aus dem Roman „Ruhrstadt" von Erich Grisar.)

Dunkle Gebiete des Lebens

Vitamin! Lebensstoff! ist das Zauberwort, das in letzter Zeit umwälzend auf die gesamte Ernährungswissenschaft eingewirkt hat. Neben den von alters her bekannten Nährstoffen Eiweiß, Fett und Stärke sind die Zusatzstoffe aufgetaucht, ohne deren Hilfe der Körper nicht recht gedeiht. Wenn sie fehlen, hört das Wachstum auf, oder die Knochenbildung leidet, oder der Körper erkrankt an Skorbut; kurz, ohne Vitamine leidet Mensch und Tier. Aber über diese Bedeutung hinaus wußte man weder von ihrem chemischen Bau etwas, noch konnte man die näheren Bedingungen, unter denen sie wirken. Jetzt ist es gelungen, einen Zipfel des Schleiers ein wenig zu lüften, der bisher das Geheimnis der Vitamine barg. Aus einem Vortrage, den Professor Euler-Chelpin, ein hervorragender schwedischer Forscher und Nobelpreisträger, kürzlich in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hielt, ging hervor, daß das für das Wachstum der Kinder, aber wahrscheinlich auch für die Abwehr von ansteckenden Krankheiten wichtige fettlösliche Vitamin A mit dem roten Farbstoffe der Mohrrübe (Carotin) verwandt ist und wahrscheinlich aus ihm hervorgeht. Es muß aber auch aus anderen Stoffen gebildet werden können, da es u. a. im Dorschlebertran vorkommt und die Dorsche in der Regel nicht von Mohrrüben leben. Auch zwischen den Vitaminen und den sogenannten Hormonen bestehen Beziehungen. Die Hormone, auf die sich neuerdings die wissenschaftliche Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße richtet, sind die im Körper wirksamen Absonderungen mancher drüsigen Teile, wie Schilddrüse, Nebenniere, Eierstöcke, aber auch Herz und Magen sondern Hormone ab und greifen damit in noch nicht völlig geklärter Weise in das verschlungene Gewerbe des tierischen und menschlichen Lebens ein. Hier scheinen Wechselbeziehungen zu den Vitaminen zu bestehen, teils verstärkend, teils abschwächend. Daß die bedeutungsvolle Rolle der Vitamine nicht auf Menschen und Tiere sich beschränkt, zeigt die Beobachtung, daß auch das Wachstum der Hefe durch ein besonderes aus Schimmelpilzen gewonnenes Vitamin günstig beeinflußt wird. Anderseits ist Hefe sehr reich an dem Vitamin B, dessen Fehlen die sogenannte „Beri-Beri"-Krankheit veranlaßt. Ob diese Entdeckungen einmal dazu führen werden, die gewerblich benutzte Hefe mit ihrem Vitamin zu impfen, um den Ertrag zu steigern, muß der Zukunft vorbehalten bleiben. Aber gerade die Hefeforschung scheint wissenschaftlich noch unerwartete Ausblicke zu eröffnen. Hefe ist bekanntlich imstande, Zucker zu zersetzen, oder wissenschaftlich gesprochen, „abzubauen". Dieser Abbau geht unter der Mitwirkung von Gährstoffen oder „Enzymen" vor sich, die wiederum zu ihrer Arbeit von sogenannten „Aktivatoren" angeregt werden müssen. Diese Enzyme sind aber gleichzeitig auch für das Wachstum bedeutungsvoll und scheinen mit dem Vitamin A in Wechselbeziehungen zu stehen. Sie finden sich sehr reichhaltig in den Eizellen, und zwar bemerkenswerterweise in denjenigen ihrer Teile, die die Träger der Erbmasse sind, den „Chromosomen". So spinnen sich Fäden von der Vitamin- zur Erbforschung.

Alle diese Verhältnisse sind noch reichlich ungeklärt; feste Ergebnisse großen Umfangs sind noch nicht erzielt. Aber zweifellos sind die Aussichten vielversprechend, daß aus diesen Untersuchungen wertvolle Erkenntnisse wissenschaftlicher und praktischer Art sich ergeben werden. Mindestens hat die Forschung eine neue Plattform gewonnen, von der aus sie weiter ins Unbekannte vorstoßen kann.

DKGS.

Der Mensch will hoffen

Es ist ganz und gar gegen das Wesen des Menschen, wenn man immer nur zurückblickt auf das Gewesene und nicht vorwärts in die Zukunft schaut. Neue Untersuchungen am Kinde, über die die Zeitschrift für Psychologie berichtet, haben erwiesen, daß die Erwartung in der Entwicklung des Menschen eher auftritt als die Erinnerung. Was sich da beim Kinde in so einfacher Weise als Erwartung regt, das zeigt sich beim Erwachsenen als Hoffen, Sehnen, Glauben, als Ideal.

Erfaßt darum den Menschen in seinem tiefsten Wesen für die Bewegung, indem ihr ihm das große Zukunftsziel unseres Kampfes zeigt!

Das Blut will Schlaf

Der Schlaf ist nicht nur für unsere äußere Frische nötig. Selbst auf das Blut wirkt der fehlende Schlaf ein, wie auch die Uebermüdung das Blut schädigt. Nach einer Arbeit von drei Autoren in „Pflügers Archiv" ist das Blut nach Schlafentzug „wässriger" als nach einer durchschlafenen Nacht. Auch in der übrigen Zusammensetzung ist es anders.

Aber anders ist es auch, wenn der Mensch nach ungenügendem Schlafe arbeitet. Die Arbeit eines Menschen, der ausgeschlafen hat, wirkt weniger ungünstig auf die Blutbeschaffenheit ein wie die Arbeit, die von einem Menschen mit ungenügendem Schlafe geleistet wird. Und auch der Kreislauf des Blutes wird anders. Und der Stoffwechsel.

Bei den Schädlichkeiten, die das soziale Leben der Arbeit, des Wohnens, der Ernährung heute den großen Massen bedeutet, erscheint darum der Schlaf als ganz besonders notwendig.

Die schon vorhandenen sozialen Gefahren dürfen nicht noch erhöht werden durch Schlafentziehung.

Die Apotheke der Hausfrau

Von Dr. Kurt Kayser.

Zu den Pflichten der Hausfrau gehört es, auch für die kleinen Unfälle und Erkrankungen des Alltags gerüstet zu sein. Nicht immer kann ja der Arzt sofort zur Stelle sein, nicht immer ist auch seine sofortige Hilfe vonnöten. Deshalb ist es zweckmäßig, wenn die Hausfrau in einer kleinen Hausapotheke sich all das bereit hält, was sie für die erste Hilfe notwendig braucht.

Da hat sich z. B. beim Spielen ein Kind in den Finger geschnitten. Was tun? Es ist falsch, den blutenden Finger unter die Wasserleitung zu halten oder, wie es so oft geschieht, gar abzulecken. Auch das Auflegen eines Heftpflasterstreifens auf die frische Wunde ist gefährlich. Man lasse vielmehr die Wunde ein wenig ausbluten, bestreiche dann die Wundränder mit etwas Jodtinktur und verschließe das Ganze am besten mit einem vorrätig gehaltenen, keimfreien Verbandpäckchen, einem Schnellverband resp. mit einem Stückchen sauberer Verbandgaze, die mit einer Mullbinde darüber festgehalten wird.

Brandwunden, die häufig in der Küche erworben werden, bedecke man statt aller anderen Mittel mit einer der Hausapotheke entnommenen sogenannten „Brandbinde". Einen Holzsplitter, der in den Finger oder einen anderen Körperteil eingedrungen ist, suche man, wenn er aus der Haut herausragt, mit einer Pinzette zu entfernen. Doch ist es nötig dabei, einen Zug entgegengesetzt der Richtung, in der der Splitter eingedrungen ist, auszuüben. Gelingt die Entfernung nicht oder bricht der Splitter ab, so suche man sofort den Arzt auf.

Manche Kinder, aber auch ältere Leute neigen zu Nasenbluten. Statt aller sonst beliebten Maßnahmen hole man aus der Hausapotheke ein Stückchen saubere Watte und ein Fläschchen mit Wasserstoffsuperoxyd. Man übergieße ein nicht zu kleines Stück Watte mit dieser Flüssigkeit und stopfe damit die blutende Nasenseite fest aus. Kommt so die Blutung nicht alsbald zum Stillstand, dann muß natürlich sofort der Arzt gerufen werden. Die vielbeliebte „blutstillende Watte" ruft manchmal schädliche Nebenwirkungen hervor und ist deswegen nicht zu empfehlen.

Auch einem Ohnmachtsfall gegenüber braucht die Hausfrau nicht hilflos dazustehen. Flache Lagerung des Kranken, eventuell mit tiefliegendem Kopf, Oeffnen aller beengenden Kleider und etwas scharf riechende Flüssigkeit (Essigäther, Eau de Cologne) unter die Nase gehalten werden gewöhnlich zur Behebung genügen.

Nicht selten kommt es durch Ausgleiten auf dem Fußboden u. dgl. zu schmerzhaften Verstauchungen oder gar zu Knochenbrüchen. Bis der Arzt kommt, ist im ersteren Falle Ruhigstellung des betreffenden Gliedes und Umschläge mit verdünnter essigsaurer Tonerde (ein Eßlöffel auf eine Tasse Wasser) am Platze. Bei Verdacht auf Knochenbruch muß gleichfalls für Ruhigstellung des Körpergliedes durch Anlegen einer mit Watte gepolsterten Pappschiene, die mit einigen Binden angewickelt wird, gesorgt werden.

Schließlich ist auch ein Fieberthermometer vonnöten, das im Zweifelsfalle die Ernsthaftigkeit einer plötzlichen Erkrankung und die Notwendigkeit rascher ärztlicher Hilfe feststellen läßt.

Die Apotheke der Hausfrau wird also zweckmäßig folgende Gegenstände enthalten müssen: An Verbandmaterial: 2 Mullbinden, 2 Cambricbinden, 1 Brandbinde, 2 Verbandpäckchen oder 1 Schnellverband, 1 Rolle Heftpflaster, 1 Paket Watte und 1 Pappschiene. An Flüssigkeiten: je 1 Fläschchen Alkohol, Jodtinktur, essigsaure Tonerde, Wasserstoffsuperoxyd, Essig-Aether oder Eau de Cologne, sowie an Instrumenten: 1 Schere, 1 Pinzette und 1 Fieberthermometer.

Alle diese Gegenstände, die man für wenig Geld in der Apotheke oder Drogerie zu kaufen bekommt, bewahre man in einem verschließbaren Schränkchen auf, an dessen Tür man zweckmäßig ein Inhaltsverzeichnis mit Gebrauchsanweisung für jeden einzelnen Gegenstand anbringt. Dann wird man auch vor Verunreinigung, Verderbnis oder gar Verwechslung geschützt sein.

Die Frau und ihr Beruf

Infolge Zunahme der Frauenarbeit ist die wirtschaftliche Stellung der Frau eine andere geworden. In der Vorkriegszeit war die Frauenarbeit meistens ein vorübergehender Zustand. Selbst das Bürofräulein gab seine Stellung auf, sobald es sich verheiratet hatte. Heute sind nicht nur die Heiratsmöglichkeiten gesunken, auch aus andern Gründen sind die Frauen gezwungen, sich auf eine längere oder dauernde Tätigkeit im Berufsleben einzurichten. Und so entwickelt sich ein gewisser Berufsethos der Frau. Die Frau beginnt an ihrer Arbeit Gefallen zu finden und mit ihrem Berufe zu verwachsen. Man kann dies oft feststellen, wenn man mit berufstätigen Frauen spricht. Die „Vossische Zeitung" veröffentlichte kürzlich das Ergebnis folgender Rundfrage: „Würden Sie Ihren Beruf aufgeben, wenn Sie finanziell dazu in der Lage wären?" Aus den Antworten greifen wir einige Stellen heraus:

Eine Rechtsanwältin schreibt: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß mich ein Grund — und sei es „das große Los" — veranlassen würde, meinen Beruf aufzugeben." Die Leiterin einer Vertrauensstelle für Verlobte und Eheleute läßt sich vernehmen: „Wenn man sich aller Tradition zum Trotz eine selbständige Berufsstellung errungen hat, so wird sie zum zweiten unlösbaren Ich." Eine Chemotechnikerin sieht in ihrem Beruf ihren Lebensinhalt: „Meine verantwortungsvolle Arbeit brachte mir nicht nur Befriedigung, sondern auch viel Freude und Anregung zu neuen Versuchen." Aus der Antwort einer Fürsorgerin greifen wir heraus: „Ich würde im Falle der Eheschließung meinen Beruf nur aufgeben, wenn ich ihn aufgeben müßte aus inneren Bedingtheiten heraus." Ein weiblicher Universitätsprofessor schreibt: „Mein Beruf gibt mir das Recht auf Arbeit und die Möglichkeit zur Arbeit; meine Arbeit würde ich nicht aufgeben, auch wenn ich auf den Lohn derselben verzichten könnte." Und zum Schluß eine Photographin: „Ich würde meinen Beruf unter keinen Umständen aufgeben, weil ich ihn als Leidenschaft erwählt habe. Beruf ist nach meinem Dafürhalten genau so Lebenszweck der Frau wie des Mannes. Daher erkläre ich mich auch prinzipiell für die Arbeit der Frau, schon im Interesse der Ehe, denn nur durch ständige Fühlung mit der Welt wird die Ehe nicht langweilig."

Gewiß würden die Antworten von Arbeiterinnen und Angestellten teilweise anders lauten als die Meinungen, die wir hier zum Abdruck brachten. Aber auch bei ihnen ist der Beruf vielfach zum Lebensinhalt geworden. Sie beginnen als tüchtige Berufsgenossen ihre Wirtschaftstätigkeit auszuüben und daran Gefallen zu finden. Aus alledem muß die Frauenarbeit voll gewertet und für deren gerechte Bezahlung gesorgt werden. Jedenfalls ist die Stellung der Frau zum Beruf ein wichtiges Problem geworden.

Arbeiter und König

Die Bedürfnisse des Menschen sind im Laufe seiner Geschichte immer größer geworden. Ohne das steigende Bedürfnis des Menschen wäre nicht die Befriedigung dieses Bedürfnisses und damit die Hebung der Kultur erfolgt.

Auf eine bezeichnende Tatsache weist die Zeitschrift für Kinderforschung hin, wenn sie schreibt, daß das Reinlichkeitsbedürfnis eines Arbeiters von heute größer ist als das eines französischen Königs vor 150 Jahren.

So würde auch der soziale Gedanke in vielen Menschen des arbeitenden Volkes heute viel stärker entwickelt sein, wenn in ihnen das Bedürfnis stärker entwickelt wäre. Es gibt auch heute noch trotz aller Not dieser Zeit etwas von der „verdammten Bedürfnislosigkeit" Kulturselbstverständlichkeiten gegenüber, wie Lassalle diese bedauerliche Bescheidenheit einmal treffend bezeichnet hat.